

Ein Dossier von Brot für die Welt in Zusammenarbeit  
mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# „Suche Frieden und jage ihm nach“

Psalm 34,15

20 Jahre Ziviler Friedensdienst von Brot für die Welt

**Brot**  
für die Welt



Illustration: Nina Eggemann

Editorial



**Jürgen Deile**  
ist Koordinator Internationale  
Personalprogramme bei  
Brot für die Welt.

„Suche den Frieden und jage ihm nach...“  
– seit 20 Jahren ist der Personaldienst evangelischer Kirchen „Dienste in Übersee“ (DÜ) Träger des Zivilen Friedensdienstes, heute übergegangen auf Brot für die Welt, als Teil des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung.

Schon 1973 weist die Denkschrift der EKD „Der Entwicklungsdienst der Kirchen – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ auf die Bedeutung des Zusammenhangs von Friedens- und Entwicklungsverantwortung hin.

Für meine Arbeit als Personalreferent für den Friedensfachdienst bei DÜ war ein Beschluss wichtig, den der für die Vergabe von Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes zuständige Ausschuss 1996 traf: DÜ solle in den nächsten Jahren vermehrt auf dem Gebiet der Personalvermittlung zur Friedensförderung tätig sein. Unabhängig vom damals noch nicht abzusehenden Ausgang des politischen Projekts „Ziviler Friedensdienst“ wurde der Friedensfachdienst durch den Beschluss im Bereich der evangelischen Entwicklungsarbeit fest etabliert.

Sich vom Frieden in Dienst nehmen lassen, heißt an Veränderungen arbeiten, bei sich selbst, in der eigenen Gesellschaft beginnend und solidarisch mit den Fernen. Wer Friedensdienst leistet, hat sich im Kopf mit Friedensarbeit auseinandergesetzt, hat das Herz geöffnet für die Solidarität, die die Lage der Welt erfordert, und kann die Hände denen reichen, die daran arbeiten, aufgezwungenen Unfrieden zu überwinden.

Im Zentrum der Beteiligung von Brot für die Welt am von Staat, Kirche und Zivilgesellschaft getragenen Gemeinschaftswerk Ziviler Friedensdienst stehen deshalb die Bemühungen der Partnerorganisationen um ein Mehr an Frieden und Gerechtigkeit – vielerorts unter Inkaufnahme eines hohen Risikos für Leib und Leben. Und der Wunsch, dass sich Frieden und Gerechtigkeit eines Tages küssen werden.

*Jürgen Deile*

Inhalt

**3 Frieden ist harte Arbeit**

20 Jahre Ziviler Friedensdienst  
Hubert Beyerle, Jürgen Deile und Martin Kaelble

**7 „In meiner täglichen Arbeit hat das Thema ‚gerechter Frieden‘ einen hohen Stellenwert“**

Interview mit Prälat  
Dr. Martin Dutzmann

**8 Friedensdienst als Gemeinschaftswerk**

Der ZFD kombiniert staatliche und nichtstaatliche Ansätze zur Friedensförderung  
Martina Fischer

**10 Auf gefährlicher Mission**

In Mexiko kämpfen indigene Gemeinden für ein menschenwürdiges Leben – unter Todesdrohungen  
Wolf-Dieter Vogel

**14 „Man muss auf die Menschen setzen“**

Das Begleitsystem für das ZFD-Programm von Brot für die Welt in Afrika  
Christiane Kayser und Flaubert Djateng

**16 Ein Land im Abwärtsstrudel**

Journalistische Ausbildung in Kamerun – in den Anfängen eines Bürgerkriegs  
Aya Bach

**18 Der lange Weg zum Frieden**

Das ZFD-Programm in Myanmar  
Anna-Sophie Schönfelder

# Frieden ist harte Arbeit

20 Jahre Ziviler Friedensdienst



Dialog statt Konflikt: Die ZFD-Partnerorganisation doual'art in Douala, Kamerun, bei der Friedensarbeit mit Hilfe von Straßenkunst.

Foto: Linda Dreisen, Yves Makongo

Hubert Beyerle, Jürgen Deile und Martin Kaelble

Es war das Jahr 1999: Der Jugoslawienkrieg, ein Konflikt auf dem europäischen Kontinent, hatte die Hoffnung auf Frieden nach dem Ende des Kalten Krieges dramatisch gedämpft. Im Kosovo gab es weiterhin gewaltsame Auseinandersetzungen, Hunderttausende flohen. In Ruanda hatte ein grausamer Genozid stattgefunden. Das Brandpotenzial ethnischer Konflikte war klar ersichtlich, ebenso die Notwendigkeit, vor Ort an Aussöhnung und Verständigung zu arbeiten. Es war das Geburtsjahr des Zivilen Friedensdienstes.

Die Zeit war reif, die Idee naheliegend: Ein ziviler Friedensdienst als Instrument der Außenpolitik, als Ergänzung zu militärischen Hilfseinsätzen musste her. Eine Friedensarbeit, die anders als das Militär dazu beitragen kann, die strukturellen Ursachen von Gewaltkonflikten anzugehen. Mit der vor Ort intensiv an Aussöhnung und Verständigung gearbeitet werden kann, präventiv oder zur Friedenssicherung nach dem Kriegsfall. Denn – das war die Einsicht der Stunde – die komplexen gesellschaftlichen Spannungen ethnischer, kultureller, religiöser Natur lassen sich durch einen Militäreinsatz kaum nachhaltig lösen. Auch die kirchlichen Entwicklungsdienste wiesen in den 1990er Jahren darauf hin, dass ziviles Friedensengagement ein Engagement für einen gerechten Frieden sein müsse: Ein Frieden ohne Gerechtigkeit kann nicht von Dauer sein.

Bei der Gründung des Zivilen Friedensdienstes (kurz ZFD) im Jahr 1999 herrschten

Aufbruchsstimmung und Gestaltungswille: Schlagworte wie „wirkungsorientiert“ oder „Kultur der Prävention“ waren Leitplanken für die Entwicklung von entwicklungsbezogener Friedensarbeit. Erste Projekte folgten in Palästina, Guatemala, Rumänien, Kosovo, Simbabwe. Zunächst sammelte man Erfahrungen, lernte, hinterfragte. Immer wieder wurden die Ansätze überarbeitet, der ZFD stetig modifiziert. 2002 gab es eine erste Evaluation. 2010 folgte eine Zäsur, eine Art Großreform, bei der Ergebnisse einer weiteren Evaluation zu einer umfassenden Anpassung des Programms genutzt wurden.

Seit der Gründung 1999 haben insgesamt rund 1400 Friedensfachkräfte in fast 60 Ländern gearbeitet. Derzeit sind es rund 300 Menschen in über 40 Ländern in Afrika, Lateinamerika und Asien, in Europa und dem Nahen Osten. Während die staatliche Gesell-

schaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) circa 30 Prozent der im Bundeshaushalt bereitgestellten ZFD-Mittel für Förderung ihrer ZFD-Partnerorganisationen einsetzt, der katholische Personaldienst bei circa 20 Prozent liegt, nutzen die übrigen Träger des ZFD inklusive Brot für die Welt jeweils unter 10 Prozent der Mittel für den ZFD. Manche Hemmnisse waren hausgemacht – vor allem die beiden Fusionen 1999 zum Evangelischen Entwicklungsdienst und 2012 zum Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. führten zu Einbrüchen der evangelischen Beteiligung am ZFD.

### | Frieden gelingt nicht von einem Tag auf den anderen

Friedensarbeit, wie sie der ZFD leistet, kann völlig unterschiedliche Formen annehmen:

von der Unterstützung von Partnerorganisationen bei der Journalisten-Ausbildung bis hin zu Theaterstücken zur Aufklärung der ländlichen Bevölkerung; von Aussöhnungsprojekten zwischen ethnischen Gruppen bis hin zur Förderung von durch Partnerorganisationen angeschobenen Kulturprojekten; von Friedenspädagogik über Stärkung der Rechtssicherheit bis hin zum Aufbau von Schlichtungsinstanzen. Die Kombination von Maßnahmen der Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit mit dem ZFD erweist sich auch in den derzeit acht (Nach-)Kriegsregionen, in denen Brot für die Welt mit Partnern im ZFD zusammenarbeitet, als notwendig.

Gewaltprävention und Aussöhnung sind dabei stets wichtige Ziele. Die ZFD-Fachkräfte von Brot für die Welt sind in Ländern aktiv, wo

Links: Der damalige Außenminister Steinmeier informiert sich beim Auftakt des „PeaceLab 2016“-Konsultationsprozesses 2016 in den Räumen des Auswärtigen Amtes über den ZFD. Rechts: Die damalige Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul mit den ersten ZFD-Fachkräften im November 1999 in Berlin.

es bereits zum Krieg gekommen, der Frieden also zerbrochen ist. Und wo Partnerorganisationen fortan behutsam daran arbeiten, dass sich Gruppen versöhnen, Vorurteile abgebaut, Wunden geheilt werden. Stets ist der Schlüssel dazu Kooperation – zwischen Staat, Kirche und zivilgesellschaftlichen Organisationen, zwischen Entwicklungs- und Friedenshelfern, zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen verschiedenen Ethnien.

Friedensarbeit ist ihrer Natur nach zäh: Frieden gelingt nicht von einem Tag auf den anderen. Es handelt sich vielmehr um einen mühsamen, hoch fragilen Prozess. Das Frustrationspotenzial für alle Beteiligten ist hoch. Denn es gibt kaum einfache Lösungen, die Rahmenbedingungen für Partnerorganisationen sind oft wackelig, Rückschläge sind vor-

## Die historischen Ursprünge der Friedensarbeit bis zur Gründung des ZFD

Die Ursprünge der Friedensarbeit gehen weit zurück zu den Versöhnungsdiensten rund um die Weltkriege. Schon nach dem ersten Weltkrieg gab es erste Initiativen und Ansätze zur Versöhnung. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Zahl der Initiativen noch zu: der Weltfriedensdienst oder Aktion Sühnezeichen sind dafür prominente Beispiele, die Pionierarbeit leisteten. Menschen wie Lothar Kreyssig (1898-1986), einer der Initiatoren von Brot für die Welt, waren in dieser Hinsicht Vordenker und entwickelten wichtige Leitideen für die Friedensarbeit. Zugleich entstanden in den 1950er Jahren die Entwicklungsdienste, die durch wirtschaftliche und politische Entwicklungsförderung auch indirekt Frieden schaffen können.

Ab Ende der 1960er Jahre begann eine neue Phase – der Blick wanderte nun außerhalb Europas. Gene Sharp, Professor der Politikwissenschaft in Harvard, hatte 1972 mit „The Politics of Nonviolent Action“ ein politikwissenschaftliches Grundlagenwerk zu zivilem Friedensengagement verfasst. Dessen Ideen

wurden von der Friedensbewegung im Kalten Krieg, der Bürgerrechtsbewegung in der DDR bis hin zum arabischen Frühling vor allem in Ägypten und Tunesien verbreitet. In Deutschland arbeitete seit den 1960er Jahren der Politikwissenschaftler Theodor Ebert an der Freien Universität in Berlin am Konzept der Sozialen Verteidigung und gewaltfreien Aktion. Theodor Ebert war von 1972 bis 1984 Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und von 1984 bis 1996 Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (EKiBB). Ebert beförderte 1991 einen Beschluss der Kirchenleitung, die Idee eines zivilen Friedensdienstes weiter auszuarbeiten. Landesbischof Martin Kruse wandte sich 1992 im Namen der Kirchenleitung der EKiBB mit sieben Fragenkomplexen zur Ausgestaltung eines Zivilen Friedensdienstes an die Kirchengemeinden, die evangelische Jugend und die kirchlichen Friedensdienste. Die evangelischen Akademien, insbesondere die Akademien Mühlheim/Ruhr und Loccum, sorgten ab 1993 für den Rahmen einer

weiteren Ausgestaltung der Idee und für die Vernetzung der notwendigen Akteure. Kirchliche, zivilgesellschaftliche und – mit dem Deutschen Entwicklungsdienst – sogar staatliche Entwicklungs- und Friedensorganisationen fanden sich zu einem Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammen.

Doch zunächst waren vor allem politische Hürden zu nehmen. Denn der Zivile Friedensdienst war eine politische Initiative. Das Konsortium wandte sich mit einer fraktionsübergreifenden Initiative ans Parlament. Unter der Regierung Kohl gab es jedoch zunächst ein Nein. Der Durchbruch kam erst unter der neuen rot-grünen Regierung – auch vor dem Eindruck des Kosovo-Einsatzes, der großen Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr, Stichwort „Bomben für den Frieden“. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der neuen Regierung, machte sich stark für den zivilen Friedensdienst. Und so kam es schließlich zur Gründung des ZFD im Jahr 1999.



Fotos: ZFD



Foto: Bundesregierung / Kühler

programmiert. Und es handelt sich um eine zumeist langjährige Entwicklung, die aus der Gesellschaft heraus getragen werden muss – und nicht von außen aufgestülpt werden kann.

Daher ist die Stärkung der Arbeit von kirchlichen und/oder zivilgesellschaftlichen Organisationen durch Friedensfachkräfte von zentraler Bedeutung: mit Kirchen oder lokalen Organisationen, mit denen man Partnerschaften eingeht, so dass die Akzeptanz und Nachhaltigkeit der Arbeit steigt. Und die Akteure aus Kirche und Zivilgesellschaft können in vielen Fällen diese Unterstützung von außen dringend gebrauchen, arbeiten sie doch in ihren Ländern meist ohne nötige Unterstützung von staatlicher Seite, oftmals konfrontiert mit politisch hinderlichen oder komplexen, unübersichtlichen Interessenlagen. Dabei fördert Brot für die Welt im ZFD nicht nur christliche Kirchen oder kirchennahe Organisationen, sondern auch Einrichtungen anderer Glaubensrichtungen.

Brot für die Welt und seine Partnerorganisationen im ZFD arbeiten in einem zunehmend religiös aufgeladenen Umfeld. Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit muss sich daher mit den eskalierenden und deeskalierenden Wirkungen von Religionen und religiösen Akteuren systematisch auseinandersetzen. Seit dem Erstarken von Al-Qaida, IS und Boko Haram wird in der öffentlichen Wahrnehmung religiöse Überzeugung häufig mit Terror, Radikalismus und Gewalt verknüpft. Das lässt Religion in einem besonders hohen Maß als Quelle von Konflikten erscheinen. Die Realität sieht allerdings in manchen Kontexten anders aus: 2015 haben kirchliche Partner aus Indien,

Nigeria, Liberia, Kenia und Nepal analysiert, vor welchen Hintergründen die Gewalt entstanden ist, über die vielfach als rein religiös motivierte Gewalt berichtet wird. Aus ihrer Sicht ist die religiöse Dimension nicht als zentrale Ursache von Konflikten, sondern eher als verstärkendes Element zu bewerten.

### | Der Instrumentalisierung von Religion entgegenwirken

Ressourcen- und Machtkonflikte nehmen in vielen Gesellschaften zu, Religion kann hier sowohl friedensfördernden als auch konfliktverschärfenden Einfluss haben. Friedensorientierte Entwicklungsarbeit muss daher Strategien entwickeln, um der Instrumentalisierung von Religion als Begründung für politischen Extremismus und Gewaltexzesse entgegenzuwirken. Es bedarf einer „Instrumentalisierungsprophylaxe“, die das religiöse Bewusstsein der Gläubigen gegen vermeintliche „einfache Wahrheiten“ immunisiert.

Partner beschreiben, dass lokale Glaubensgemeinschaften Friedensförderung in Form von intra-religiösem Dialog betreiben, um konfliktverschärfende Statements und Handlungen zu verhindern und Haltungen zu verändern. Auch anderweitig nutzen sie ihren Einfluss, um Frieden zu fördern: Vielfach unterhalten Kirchen und Glaubensgemeinschaften enge Beziehungen zur Bevölkerung. Viele genießen in ihren Gesellschaften ein hohes Ansehen. Manchmal können sie auch Zugänge zu höchsten politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern öffnen. Manche Geistliche wer-

den zu Verteidigern von Opfern von Angriffen und Gewalt, andere übernehmen Mediatoren-Funktionen, engagieren sich in Prozessen der Versöhnung, Heilung und Aufarbeitung und Rettung von Verfolgten, zum Beispiel durch Aufnahme von Flüchtlingen.

Dementsprechend hoch sind die Anforderungen auch an die Friedensfachkräfte: Die Menschen, die für den ZFD vermittelt werden, sind Spezialisten aus ganz unterschiedlichen Disziplinen. Sie müssen nicht nur langjährige Erfahrungen in ihren jeweiligen Fachgebieten vorweisen. Sondern sie müssen auch extrem belastbar und zugleich mit enormem menschlichen und sozialen Feingefühl ausgestattet sein.

Die Fachleute werden je nach Bedarf der Organisationen vor Ort nach ihrem Fachgebiet ausgewählt, von Journalismus über Psychologie bis Jura. Sie werden individuell bei ihrer sprachlichen, landeskundlichen und eventuell fachspezifischen Vorbereitung auf den Zivilen Friedensdienst begleitet. Zeitlich ist der Dienst insgesamt auf sechs Jahre begrenzt, die meisten Verträge laufen drei Jahre. Denn die Arbeit ist intensiv, aufreibend, enorm anspruchsvoll. Ein feinfühliges Engagement, bei dem auf viele kulturelle, regionalspezifische und soziale Besonderheiten geachtet werden muss. Stets bewegen sich die Friedensfachkräfte dabei auf einem schmalen Grat: Offen sein einerseits, lernen und nicht aufoktroieren – aber bei den Partnern vor Ort zugleich eine Perspektive von außen einbringen und dort stärken, wo es gewünscht ist.

Fachkräfte kommen in die Länder mit einem Außenblick. Das hat Vorteile: Sie können

## 7 Lektionen aus 20 Jahren Friedensarbeit von Brot für die Welt

Konflikte sind ein notwendiger und produktiver Bestandteil von Entwicklung in jeder Gesellschaft, solange sie gewaltfrei bearbeitet werden.

In Frieden leben bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg: die Möglichkeit, frei von Angst und Not das eigene Leben gestalten zu können.

Auch in Ländern und Regionen, die schon lange oder sehr stark unter Gewaltkonflikten leiden, gibt es Menschen, Beziehungen, Verhaltensweisen, Strukturen und Werte, die Frieden stiften und leben. Diese gilt es zu erkennen und zu stärken.

Aus Kirchen oder Zivilgesellschaft gewachsene Initiativen für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung haben häufig eine einmalige Expertise und tiefgehendes Wissen zu Konfliktursachen und sorgen dafür, dass die Interessen und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung repräsentiert und vermittelt werden.

Gleichzeitig ist Kirche und Zivilgesellschaft aber auch nicht gut „per se“, sondern vielfältig, manchmal friedens-, manchmal gewaltfördernd. Aber Konflikttransformation passiert niemals ohne sie.

Der ZFD hat keine Maschine, in die man oben Geld füllt, so dass unten Frieden herauskommt. Brot für die Welt unterstützt Partnerorganisationen mit dem ZFD bei ihrem Ziel, dass Menschen in einem Konfliktkontext anders handeln als zuvor. Die Partnerorganisationen von Brot für die Welt bieten somit eine Alternative zu Militärintervention und passivem „Geschehenlassen“.

Frieden braucht einen langen Atem. So liegt eine besondere Stärke des ZFD von Brot für die Welt darin, langfristig über viele Jahre Qualifizierung anbieten zu können und die entsprechenden Prozesse mit Hilfe personeller und finanzieller Ressourcen kontinuierlich mit zu gestalten.

neue Fragen stellen und Ideen einbringen. Gleichzeitig leben und arbeiten sie über mehrere Jahre vor Ort im Konfliktgebiet, können so eine Beziehung und Vertrauen zu Partnern vor Ort aufbauen. Und Vertrauen, in all seinen Facetten, ist schließlich entscheidend für Frieden.

### | Friedensarbeit: Oft mehr als nur eine Einbahnstraße

Im besten Fall ist die Friedensarbeit keine Einbahnstraße und hört nach dem Dienst bei der Partnerorganisation im Konfliktgebiet nicht auf. Viele Fachkräfte tragen ihre im Konfliktgebiet erworbenen Perspektiven und Erkenntnisse nach der Rückkehr mitunter in die eigene Gesellschaft zurück, setzen sich für friedenspolitische Anliegen ein. Hier setzen die Inlandsverträge von Brot für die Welt für zurückgekehrte Fachkräfte an: Damit werden durch die Mitarbeit zurückgekehrter Friedensfachkräfte Initiativen wie der Friedenskreis Halle oder das Forum Sahel gefördert und gleichzeitig die Reintegration der Fachkräfte in Deutschland.

In den 20 Jahren ZFD-Arbeit, nach zahlreichen Förderungen und ganz unterschiedlichen Vermittlungen auf verschiedenen Kontinenten mit einer Vielfalt an Partneror-

ganisationen, wurden viele Erfahrungen und Lektionen gesammelt (siehe Kasten). Manche hoffnungsgebend, manche bedrückend und ernüchternd. Doch all diese Erfahrungen sind ein kostbarer Wissensschatz, wie Friedensarbeit gelingen kann, auf den Brot für die Welt aufbauen kann.

Was ist also das Rezept für mehr Frieden? Er kann gelingen, wenn die Personen vor Ort, mit denen Friedensfachkräfte zusammenarbeiten, Konflikte konstruktiv bearbeiten, Kontakte mit gegnerischen Gruppen oder Personen aufnehmen und offen und transparent mit ihren Gefühlen und Sichtweisen umgehen. Frieden kann gelingen, wenn Partnerorganisationen, mit denen Friedensfachkräfte arbeiten, einen Beitrag dazu leisten können, dass die Gesellschaft transparenter, inklusiver und fairer wird – und deshalb das Vertrauen der Bevölkerung in diese Organisationen und die Gesellschaft als Ganzes wächst. Und schließlich kann Frieden dann gelingen, wenn sich Werte und Normen in den Gesellschaften verändern. Wenn Gewalt nicht mehr akzeptiert wird. Wenn die Kommunikation gewaltfrei erfolgt, konsensorientiert, und diskriminierendes Verhalten gesellschaftlich klar abgelehnt wird.

All diese Lektionen aus 20 Jahren Friedensdienst klingen aktueller denn je. 20 Jahre nach Gründung ähnelt sich der globale Kontext auf erschreckende Weise: Damals bei der Gründung des ZFD bewegten und betrafen Kriege in Kosovo, Jugoslawien, Tschetschenien, der Nahost-Konflikt oder der Genozid in Ruanda auch die Deutschen. Heute sind es die Konflikte und die Gewalt in Syrien, Mexiko, Nigeria, Myanmar, Irak oder Afghanistan. Die Dringlichkeit für einen Friedensdienst, die Beweggründe, die 1999 zur Schaffung des ZFD geführt haben, scheinen mehr denn je gegeben. Die Konflikte von heute erscheinen einmal mehr äußerst komplex, oftmals tief verwurzelt in der Gesellschaft. Und für die Einsicht, dass man diese Art von Konflikten nicht allein - oder gar nicht - durch militärische Intervention lösen kann, muss man heute wohl kaum noch Überzeugungsarbeit leisten.

Für einen Ausbau und eine Vertiefung der Friedensarbeit derweil schon. Der Weg zu mehr Frieden in der Welt bleibt steinig und mühsam. Und Friedensarbeit ist ein stetiger Lernprozess auf Augenhöhe, für den es einen langen Atem braucht. Doch ein wichtiger Grundstein für diesen Prozess wurde vor 20 Jahren gelegt. ||



**Hubert Beyerle**  
hat in Bosnien-Herzegowina für die Financial Times Deutschland gearbeitet. Seit 2012 schreibt er als freier Journalist für Zeitungen und Magazine.



**Jürgen Deile**  
ist Koordinator des Programms Ziviler Friedensdienst bei Brot für die Welt und zurzeit einer der beiden Sprecher des Konsortiums ZFD.



**Martin Kaelble**  
ist seit 2013 Journalist beim Wirtschaftsmagazin Capital und hat zuvor als Redakteur bei der Financial Times Deutschland gearbeitet.

# „In meiner täglichen Arbeit hat das Thema ‚gerechter Frieden‘ einen hohen Stellenwert“

## Interview mit Prälat Dr. Martin Dutzmann

Dienste in Übersee, der damalige Personal­dienst der evangelischen Kirchen, war an der Gründung des ZFD beteiligt. Brot für die Welt setzt dieses Engagement als Träger im ZFD heute fort. Welche Bedeutung hat es aus Sicht der EKD?

Das Leitbild des gerechten Friedens und das Prinzip des Vorrangs des Zivilen sind für mich handlungsleitend. Der Einsatz für Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Frieden gehört auch zur DNA von Brot für die Welt. Nicht nur in den Projekten der finanziellen Förderung, sondern gerade auch bei den Personalprogrammen. Die Außenperspektive, die die Fachkräfte mitbringen, ist bei der Bearbeitung von Konflikten äußerst hilfreich. Die mit uns verbundenen Kirchen und Partner werden dadurch noch einmal mit einer anderen Dimension gestärkt. Aus meiner Sicht kann Brot für die Welt diesen Arbeitsbereich durchaus noch ausbauen.

Welche Möglichkeiten hat die EKD, der zivilen Konfliktbearbeitung mehr Gewicht und mehr Sichtbarkeit im politischen und gesellschaftlichen Diskurs zu geben?

In meiner täglichen Arbeit, zum Beispiel im Gespräch mit Abgeordneten, hat das Thema gerechter Frieden einen hohen Stellenwert. Als evangelischer Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiere ich auch immer wieder deutsche Rüstungsexporte in Konfliktgebiete. Besorgt bin ich über die Zunahme der Stimmen, die eine deutliche Erhöhung der deutschen Ausgaben für Verteidigung fordern. Natürlich müssen Soldatinnen und Soldaten zweckmäßig und sicher ausgestattet sein. Natürlich muss Deutschland in der Lage sein, seine Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. Diese Debatte darf jedoch nicht dazu führen, dass Ressourcen und Mittel für zivile Konfliktbearbeitung nicht weiter ausgebaut oder gar gekürzt werden. Ich gehe fest davon aus, dass sich die EKD-Synode im November im Rahmen des Schwerpunktthemas Frieden deutlich für den Vorrang des Zivilen und eine Stärkung damit verbunde-



Foto: EKD

ner Aktivitäten von Kirche, Zivilgesellschaft und Staat aussprechen wird.

Die friedens- und entwicklungspolitische Bedeutung von Religion und Religionsgemeinschaften ist auch im staatlichen Bereich anerkannt. Wie bewerten Sie das?

Es ist erfreulich, dass die Bundesregierung die Friedensverantwortung der Religionen erkannt hat und unterstützt. Als EKD sind wir in einem engen Austausch mit den entsprechenden Arbeitsstellen vor allem des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Wie engagiert sich die EKD, um dieses friedensfördernde Potenzial der Kirchen zu unterstützen und sichtbar zu machen?

Anfang des Jahres habe ich mit einer Delegation der GKKE Simbabwe besucht. Mit der Reise wollten wir die Kirchen bei ihrem Einsatz für einen gerechten Frieden nach dem Ende der Mugabe-Gewaltherrschaft stärken und ein Stück weit begleiten. Es hat mich sehr beeindruckt, was die Kirchen dort leisten. Die Erfolgsgeschichten, die wir in

Prälat Dr. Martin Dutzmann ist Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Evangelischer Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE).

Simbabwe gesehen und gehört haben, erzähle ich weiter. Auch sollten unsere Werke diese Arbeit der Partnerkirchen noch stärker fördern.

Letztlich ist der Zivile Friedensdienst selbst so eine Erfolgsgeschichte. In dem Gemeinschaftswerk arbeiten Staat, Kirchen und Zivilgesellschaft ihren jeweiligen Rollen entsprechend auf Augenhöhe erfolgreich zusammen. Das Programm ist zielorientiert, die Wirkungsorientierung richtet sich nach einer trägerübergreifenden Länderstrategie, die mit den Partnerorganisationen gemeinsam erarbeitet wird. Ich kann mir nur wünschen, dass diese erfolgreiche Zusammenarbeit noch viel stärker ausgebaut wird und zur Anwendung kommt. | |

Das Interview führte Jürgen Deile.

# Friedensdienst als Gemeinschaftswerk

Der ZFD kombiniert staatliche und nichtstaatliche Ansätze zur Friedensförderung

| Martina Fischer

Die Bundesregierung hat im Juni 2017 die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Der Zivile Friedensdienst wird darin als Gemeinschaftswerk von Staat und zivilgesellschaftlichen Partnern gewürdigt. Der Erarbeitung der ressortübergreifenden Leitlinien ging ein breiter Konsultationsprozess („PeaceLab 2016“) voraus, an dem sich auch kirchliche Hilfswerke, Zivilgesellschaft und wissenschaftliche Einrichtungen beteiligt haben. Diese werden auch die Umsetzung beobachten.

In der christlichen Ethik sind Frieden und Gerechtigkeit inzwischen untrennbar miteinander verbunden. Gerechtigkeit wird in der EKD als „Kategorie einer sozialen Praxis der Solidarität“ verstanden, „die sich vorrangig den Schwachen und Benachteiligten zuwendet und sich im Gebot der Nächsten- und Feindesliebe erfüllt“. So steht es 2007 in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen“. Frieden definiert die EKD dort als gesellschaftlichen Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit, im Sinne politischer und sozialer Gerechtigkeit, und als normatives Prinzip gesellschaftlicher Institutionen.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen wird neben dem „klassisch-diplomatischen Pfad“ eine zentrale Rolle in der Gewaltprävention und im Friedensaufbau zugeschrieben. NGOs

und Forschungseinrichtungen aus der Friedens- und entwicklungspolitischen Szene sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kirchen und kirchennahen Hilfswerke haben in den vergangenen Dekaden politische Mandats- und Entscheidungsträger nachdrücklich zum Ausbau ziviler Politikinstrumente animiert und beraten und fortlaufend die deutsche Politik im internationalen Kontext daraufhin überprüft.

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich der Dialog zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren intensiviert und es wurden vielversprechende Kooperationen auf den Weg gebracht. So haben beispielsweise in der AG Frieden und Entwicklung (FriEnt) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Entwicklung (BMZ) und die Gesellschaft für internationale Zusam-



**Öffnet die Faust** Die geballte Faust – ein Symbol für Gewalt, Drohung, Haß. Ein Symbol aber auch für Empörung, Befreiung, Revolution. Gewalt fordert Gewalt heraus. Unterdrückung bewirkt Aufstand. Macht die Fäuste auf –

**wir brauchen Frieden**

Dazu gehört auch der Fortschritt. Wo Menschen verhungern, wo ihnen Glück und ein Leben in Menschlichkeit vorenthalten wird – dort herrscht die geballte Faust der Gewalt. Macht die Fäuste auf – auch die kleinen Fäuste in den eigenen Taschen, mit denen eigenes Glück, Recht und Geld vor der Teilung mit Rechtlosen und Ohnmächtigen bewahrt werden soll. Macht die Faust auf – durch Mitdenken, durch Mitreden, durch Mithandeln.

**Brot für die Welt** – den Frieden entwickeln. Helfen Sie mit. Unsere Spendenkonten: Girokasse Stuttgart 2417000 Postscheck Stuttgart 8001

Plakate von Brot für die Welt aus dem Jahr 1970.



menarbeit (GIZ) eine Kooperation mit NGOs, kirchlichen Hilfswerken und politischen Stiftungen etabliert, um die entwicklungspolitische Praxis konfliktensibel zu gestalten. Der Zivile Friedensdienst, von NGOs gemeinsam mit dem BMZ als Konsortium geschaffen, hat seit 1999 rund 1400 Fachkräfte in über 50 Länder entsandt. Und auf Initiative von Abgeordneten, wissenschaftlichen Einrichtungen und NGOs wurde ein „Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ erstellt und 2004 vom Kabinett verabschiedet.

Ab 2015 gab es auf staatlicher Ebene abermals neue Impulse. Im Auswärtigen Amt sind mit einer „Abteilung für Krisenprävention, Frühwarnung und Mediation, humanitäre Hilfe, Stabilisierung und Konfliktnachsorge“ (Abteilung „S“) neue Strukturen geschaffen, Zuständigkeiten neu geordnet und Diskussionsprozesse angestoßen worden. Sie führten zu neuen ressortübergreifenden Leitlinien, die den Aktionsplan von 2004 aktualisieren und ersetzen. Diese sind im Sommer 2017 unter dem Titel „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ vom Kabinett verabschiedet worden.

Wenngleich das Leitlinienpapier einige Defizite und Ungereimtheiten aufweist, so enthält es doch eine Reihe von ethischen und politischen Grundsätzen, die auch von der friedens- und entwicklungspolitisch engagierten Zivilgesellschaft mitgetragen werden können. An ihnen kann man das Handeln der politischen Mandats- und Entscheidungsträger in Zukunft messen. Der Zivile Friedensdienst wird darin ausdrücklich und ausführlich als Gemeinschaftswerk von Staat und zivilgesellschaftlichen Partnern gewürdigt (siehe Kasten).

Die Bundesregierung kündigt in den Leitlinien an, dass sie die Rahmenbedingungen für das im Ausland im Rahmen des ZFD tätigen Personals „kontinuierlich überprüfen“ wird, „um ihm auch unter schwierigsten Arbeitsbedingungen ein sicheres und nachhaltiges Wirken zu ermöglichen“. Sie will ferner mit durchführenden Organisationen Standards und Verfahren für ein professionelles Sicherheitsmanagement weiterentwickeln und psychosoziale Unterstützung für Friedensfachkräfte

## Würdigung des Zivilen Friedensdienstes

Ein besonderes Instrument des deutschen entwicklungspolitischen Beitrags zu Frieden und Sicherheit ist die Vermittlung von Entwicklungshelferinnen und -helfern als Fachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes. Der ZFD ist ein Gemeinschaftswerk von Staat und zivilgesellschaftlichen Partnern und kombiniert in weltweit einzigartiger Form staatliche und nichtstaatliche Ansätze zur Friedensförderung. Über das gemeinsam gestaltete Programm werden lokale Partnerorganisationen in Gewaltprävention, ziviler Konfliktbearbeitung und Transformation von Gewaltkonflikten unterstützt. Damit werden zivilgesellschaftliche Dialog und Versöhnungskapazitäten gestärkt. Rund 300 Fachkräfte arbeiteten 2016 in mehr als 40 Ländern. Der ZFD ist in unterschiedlichen Konfliktkontexten einsetzbar und profitiert von der Vielfalt seiner lokalen Partner.

Die im ZFD zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen setzen Fachkräfte ein, die lokale Organisationen dabei unterstützen, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten, sich in Friedensprozessen zu engagieren und ihre Interessen zu artikulieren. Sie stärken

vor Ort Friedenspotentiale und helfen, Brücken zwischen verfeindeten Gruppen zu bauen. Sie vermitteln Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung, der Mediation, bauen Dialogstrukturen auf und fördern Dialogprozesse. Sie helfen bei der Bewältigung einer von Gewalt, Unrecht und Leid geprägten Vergangenheit. Sie kümmern sich um traumatisierte Menschen oder um die Reintegration von ehemaligen Kindersoldatinnen und Kindersoldaten und Kombattantinnen und Kombattanten. Sie tragen zur Versöhnung bei und schützen und begleiten Akteure, die sich für eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten und die Beachtung der Menschenrechte einsetzen. Der ZFD arbeitet an den Konfliktursachen und an der Beseitigung von Unrecht und struktureller Ungerechtigkeit und wirkt präventiv darauf hin, dass Konflikte nicht eskalieren. Er fördert Pluralität als Grundlage von Friedensprozessen und Demokratieentwicklung und ist besonders zivilgesellschaftlichen Ansätzen für ihre Beteiligung an und Begleitung von politischen Prozessen wie Friedens, Wiederaufbau oder Versöhnungsprozessen verpflichtet.

Aus: „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, S. 123

gewährleisten. Weiterhin verpflichtet sie sich dazu, die Kapazitäten lokaler Partner und Strukturen zu stärken und Verfahren zur Steuerung von Maßnahmen weiter zu entwickeln. Und last but not least kündigt die Regierung an, sie werde eine geschlechtergerechte Personalpolitik für den Einsatz von Fachpersonal im Ausland verfolgen und dazu den zweiten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit (2017–2020) umsetzen.

Es wäre zu wünschen, dass bei den Überlegungen zur Weiterentwicklung des ZFD tatsächlich neben der Expertise der staatlichen Stellen und der Entsendedienste auch und vor allem das Wissen der lokalen Partnerorganisationen einbezogen wird, zu deren Unterstützung das Instrument ja vorrangig dienen soll. Partner aus dem weltumspannenden Netzwerk von

Brot für die Welt könnten dafür sicherlich wertvolle Anregungen beisteuern. | |

EKD-Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen“, Gütersloh 2007.  
[https://www.ekd.de/ekd\\_de/ds\\_doc/ekd\\_friedensdenkschrift.pdf](https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf)

<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>



**Dr. Martina Fischer** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet bei Brot für die Welt als Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung.

# Auf gefährlicher Mission

In Mexiko kämpfen indigene Gemeinden für ein menschenwürdiges Leben – unter Todesdrohungen

| Wolf-Dieter Vogel

Wer sich im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca gegen die Mächtigen stellt, lebt gefährlich. Kriminelle Banden, korrupte Politiker und bestochene Beamte gehen skrupellos gegen Menschen vor, die sich gegen illegalen Holzeinschlag, Drogenanbau oder Landraub wehren. Dennoch organisieren sich vor allem indigene Gemeinden gegen Armut und Gewalt. So zum Beispiel eine kleine Gruppe auf einem Gutshof in der Sierra Madre del Sur – unterstützt und beraten von einer Friedensfachkraft des ZFD.

Die letzte Warnung kam von einem Freund aus alten Tagen. „Pass auf und bleib wo du bist“, sagte er. „Sie wollen dich töten.“ Abraham Ramírez Vázquez hat schon einiges er-

lebt, aber die Drohung beunruhigt ihn trotzdem. Er weiß, dass sie es ernst meinen. Und er weiß, wie es sich anfühlt, dem Tod ins Auge zu schauen. Vergangenes Jahr ist er nur knapp den Schüssen seiner Widersacher entkommen. Sein Instinkt habe ihn gerettet: „Wenn du den ersten Schuss hörst, musst du die Ruhe bewahren und nach Schutz suchen.“ Ramírez konnte flüchten, doch drei seiner Mitstreiter starben an jenem Februartag 2018. Auch damals war er vorher gewarnt worden.

Ramírez, 41, blaues T-Shirt, Trainingshose, steht auf der Terrasse der Ruine eines alten Gutshauses, in dem einst deutsche Kaffeepflanzer gelebt haben. Von hier oben blickt er hinunter auf das Gelände der Finca Alemania: auf die Hallen aus Lehmziegeln, die Ställe und die Wohnhäuser, die er und seine Leute mitten in den subtropischen Regenwald gebaut haben. Hier, unter seinen indigenen Mitstreitern, fühlt er sich sicher. Solange er die Wälder nicht verlässt, kann ihm nichts passieren. Hierher würden sich seine Gegner nicht wagen. „Ohne unser eigenes Territori-

um sind wir nichts“, sagt er, „die Regierung schützt uns nicht.“

Es ist Regenzeit in der Sierra Madre del Sur im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Auf den Hügeln rund um die Finca liegen dunkle Wolken. Bald werden sie sich öffnen und das Maisfeld, den Basketballplatz und die Trampelpfade unter Wasser setzen. Gerade noch rechtzeitig vor dem Regen sind Emillie de Wolf und Bellanira López Sánchez von der zivilgesellschaftlichen Organisation Consorcio in der Finca eingetroffen. Alarmiert von den Drohungen, wollen sie mit Ramírez das neue Risiko einschätzen. De Wolf, die für das Zivile-Friedensdienst-Programm von Brot für die Welt tätig ist, berät den Aktivisten und seine Mitstreiter vom „Komitee zur Verteidigung der indigenen Völker“, kurz Codedi. Immer wieder reist die studierte Sozialpsychologin hierher, um über den Schutz von Bedrohten zu sprechen. Oder sie kümmernt sich darum, dass sich Menschenrechtsinstitutionen der Verfolgung der Codedi-Mitglieder annehmen. „Unsere Aufgabe ist es, dazu beizutragen, dass die Menschenrechts-



Die Schülerinnen und Schüler der Finca Alemania im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca treffen sich auf dem Sportplatz.

Foto: Rotmi Enciso

Links: Hallen der Finca Alemania, auf der hundert Bewohner gemeinsam ihr Leben organisieren. Der Bus ist derzeit außer Betrieb.  
Rechts: Abraham Ramírez Vázquez, Sprecher der Menschenrechtsorganisation Codedi, und die ZFD-Fachkraft Emilie de Wolf analysieren die aktuelle Lage. Was tun, nachdem Vázquez erneut bedroht wurde?



Foto: Rotmi Enciso



Foto: Rotmi Enciso

aktivisten sicher agieren können“, erklärt die 34-jährige Belgierin.

Vor sechs Jahren haben sich die Indigenen auf dem 300 Hektar großen Anwesen der Finca Alemania angesiedelt. „Damals war uns klar, dass wir selbst etwas unternehmen müssen, wenn wir die Armut überwinden wollen“, erklärt Ramírez. Aus der Handvoll Männer und Frauen, die das verlassene Gelände 2013 erworben haben, sind mittlerweile hundert Bewohner geworden. Gemeinsam organisieren sie den Alltag zwischen Bananenstauden, Hühnerstall, Werkstätten und Großküche. „In den indigenen Gemeinschaften lernen schon die Kinder, nicht individuell, sondern kollektiv zu leben“, sagt Ramírez und verweist auf seine Vorfahren: „Die Zapoteken haben hier Wunder vollbracht“.

### | Leben in schwierigen Verhältnissen

Doch die Zeiten, in denen indigene Völker das Sagen hatten, sind seit Jahrhunderten vorbei. Die Zapoteken wie auch die Mixteken, Mixes, Triquis und andere Ethnien, die zwei Drittel der Einwohner Oaxacas stellen, leben unter extrem schwierigen Verhältnissen. 70 Prozent von ihnen gelten als arm. Viele ihrer Dörfer liegen entlegen in einsamen Bergregionen oder feuchtheißen Küstengebieten. Oft trennen sie stundenlange Fahrten auf holprigen, verschlammten Wegen vom nächsten Krankenhaus oder Markt. Die meisten haben bestenfalls einen Grundschulabschluss, je-

der Vierte ist Analphabet. Nicht wenige verlassen ihre Heimat, um in Mexiko-Stadt, im Norden des Landes oder in den USA, als Putzkraft, Erntehelfer oder am Fließband zu arbeiten.

Um das zu ändern, entstand die Idee der Finca Alemania. „Nur wenn die jungen Leute eine Ausbildung bekommen, haben sie hier eine Zukunft“, erklärt Fredy Garcia, ein weiterer Codedi-Sprecher. Hier werde niemand dazu erzogen, später in einer Fabrik zu arbeiten. Die Schülerinnen und Schüler sollen auf ein Leben in den Gemeinden der Region vorbereitet werden. Wenn die Kinder ihren Schulunterricht hinter sich gebracht haben, bilden sie sich in einem der zahlreichen Betriebe weiter: in der Schreinerei, der Auto- oder Metallwerkstatt, der Bäckerei, der Hühnerzucht oder der Apotheke, die nur mit natürlichen Heilkräutern arbeitet.

Kreatives Lernen, glückliche Hühner, ein Leben im Einklang mit der Natur – wenn Ramírez auf das schaut, was seine Leute in wenigen Jahren auf die Beine gestellt haben, kann er zufrieden

sein. Doch die jüngste Todesdrohung bringt ihn auf den Boden der Wirklichkeit zurück. Das friedliche Leben in der Finca endet für ihn auf dem Weg in die nächste Gemeinde. „Wer sich in Oaxaca gegen die Mächtigen organisiert“, sagt er, „wird unterdrückt, angegriffen und muss damit rechnen, ermordet zu werden.“

Seine Organisation ist vielen ein Dorn im Auge: den Grundbesitzern und korrupten Politikern der ehemaligen Staatspartei der Institutionellen Revolution, Partido Revolucionario Institucional (PRI), und den kriminellen Banden, die oft mit Bürgermeistern, Beamten und Polizisten gemeinsame Sache machen. Die fast 90-jährige PRI-Herrschaft hat hier ein komplexes Machtgeflecht hervorgebracht. Alte Seilschaften verbinden Lokalpolitiker und Unternehmer mit Gouverneuren und Ministern in der Landeshauptstadt Oaxaca de Juárez. Zunehmend mischen auch Banden der organisierten Kriminalität mit.

Meist sind es die verarmten Familien der Zapoteken, Mixes oder Mixteken, die diesen Mächten zum Opfer fallen. Wer nicht unter-

*Hier wird niemand dazu erzogen, später in der Fabrik zu arbeiten. Die Schülerinnen und Schüler sollen auf ein Leben in den Gemeinden der Region vorbereitet werden.*



Foto: Rotmi Enciso

Ein Lehrer unterrichtet in der Finca Alemania Jugendliche der „secundaria“, der zweiten Schulstufe nach der Grundschule.

gehen will, muss sich organisieren. Etwa 40 indigene Gemeinden in Oaxaca haben sich deshalb Codedi angeschlossen. In vielen ihrer Dörfer brodeln es. Bürgerinnen und Bürger kämpfen gegen Staudamm- oder Bergbauprojekte, die ihren Lebensraum zu zerstören drohen. Oder sie wehren sich gegen Stadtbere, die Regierungsgelder hinterziehen, anstatt sie in Straßen, Wasserleitungen oder Schulen zu investieren. Solche Konflikte haben dafür gesorgt, dass die Gewalt ständig zunimmt. Viele Menschen sterben bei Streitigkeiten um Ackerland oder Wasserquellen, weil sie ihre Ernte an das falsche Kartell verkaufen oder sich weigern, Schutzgeld zu zahlen. Täglich werden in Oaxaca durchschnittlich drei Menschen ermordet.

Für Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten wie Ramírez zählt die Gegend zu den gefährlichsten Landstrichen Mexikos. Ramírez saß sechs Jahre im Gefängnis, weil sich Codedi in seinem Heimatdorf Santiago Xanica gegen die Interessen eines PRI-Gouverneurs gestellt hat. Die Vorwürfe – Entführung und Polizistenmord – konnten nie bewiesen werden, 2011 wurde er wieder freigelassen.

Auch die jetzige Drohung komme aus Xanica, erklärt Ramírez. Bei gutem Wetter kann er die Häuser seines Dorfs von der Finca aus in den Bergen sehen. Dort ist er groß geworden, und dort unterstützen ihn die alten Freunde. Sonst hätte er wohl nie von der Gefahr erfahren. Seit Jahren kämpft die Gemeinde dafür, dass der Bürgermeister abgesetzt wird. Sie beschuldigen ihn, nichts für Xanica zu tun und die 13 Millionen Pesos (rund 590.000 Euro), die das Dorf jährlich erhält, in die eigene Tasche zu stecken. Während sich in der Gemeinde die Schulen, das Krankenhaus und die Straßen in einem de-

saströsen Zustand befänden, lasse sich der Stadtbere nie blicken, werfen ihm die Einwohner vor. Immer wieder zogen Bürger der Gemeinde in die Hauptstadt, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

#### | „Ich konnte in die Berge flüchten“

An jenem 12. Februar 2018, der drei von Ramírez' Mitstreitern das Leben kostete, reisten Codedi-Aktivisten nach Oaxaca de Juárez, um mit der Regierung über den Konflikt zu sprechen. Auf dem Rückweg, unweit der Provinzstadt Miahuatlán, wurden sie angegriffen. Ein paar Männer bremsten die beiden Fahrzeuge aus und schossen mit Schnellfeuerwaffen auf die Delegation. Sowohl Ramírez' Fahrer als auch zwei seiner jungen Begleiter starben sofort. „Ich konnte in die Berge flüchten, das hat mir das Leben gerettet“, berichtet der 41-Jährige. Seither kämpft Codedi dafür, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Vergeblich. Man wisse genau, dass der umstrittene Bürgermeister dahinter stecke. Und man wisse, wer geschossen habe, sagt Ramírez. „Wir haben das große Risiko auf uns genommen und der Staatsanwaltschaft gezeigt, wo die Täter wohnen.“ Dennoch sitzt bis heute niemand im Gefängnis. Ramírez hält das für ein abgekartetes Spiel, an dem auch die korrupte Regierung ihren Anteil habe.

Für Emilie de Wolf ist klar, dass nach den aktuellen Drohungen dringend Schutzmaßnahmen eingeleitet werden müssen. Sie

„Mit den Behörden zu kooperieren ist heikel, weil sie selbst die Täter sein könnten oder diesen zumindest nahe stehen.“

sitzt mit Ramírez auf der Terrasse des brüchigen alten Gutshauses, das demnächst abgerissen werden soll. Hier lässt sich die ZfD-Fachkraft über den aktuellen Stand informieren. Gerade erst ist sie vom UN-Menschenrechtsrat in Genf zurückgekommen, wo sie über Folter in den Haftanstalten von Oaxaca informiert hat. Nun gilt es zu überlegen, was die nächsten Schritte für Ramírez sein könnten. Nach den tödlichen Angriffen bei Miahuatlán sorgte sie dafür, dass sich die Nationale Menschenrechtskommission des Falles annimmt.

Dank des Einsatzes von López Sánchez und ihr wurden Codedi-Mitglieder anderer Gemeinden in den staatlichen „Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten“ aufgenommen. Dadurch erhalten sie etwa Überwachungskameras an ihren Häusern, Notfall-Telefone oder Lichtanlagen. Ramírez und seine Leute in der Finca hatten das alles bislang abgelehnt, weil sie den Behörden nicht trauen. De Wolf kann ihn nun überzeugen, diesen Schritt zu gehen. Aber sie versteht seine Skepsis. Auch sie ist bei der Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen vorsichtig. „Mit den Behörden zu kooperieren ist heikel, weil sie selbst die Täter sein könnten oder diesen zumindest nahe stehen“, erklärt de Wolf.

Wenn die Belgierin die Finca besucht, geht es nicht nur um Anzeigen bei Menschenrechtsinstanzen oder Kontakte zu Behörden. Sie leistet psychosoziale Betreuung, spricht über Ängste und den emotionalen Umgang mit den Bedrohungen. Oder sie erklärt den Codedi-Aktivisten, wie sie das internationale Menschenrechtssystem nutzen könnten.

Wenn nötig, kümmert sie sich auch um interne Konflikte. An diesem Nachmittag vereinbart sie mit Ramírez, wie sie in Verbindung bleiben können, obwohl es hier in den Bergen weder Telefon- noch Internetkontakt gibt. Denn umso schneller sie und ihre Kolleginnen reagieren können, umso eher lassen sich Gefahren eindämmen.

Bald werden Consorcio-Mitarbeiterinnen den Indigenen in einem Workshop in Oaxaca de Juárez erklären, wie man Förderanträge stellt und Klagen einreicht. „Eigentlich ist Codedi eine Ausnahme“, erklärt de Wolf. Denn Consorcio ist eine feministische Organisation. Ihre Arbeit konzentriert sich auf Frauenrechte, einer ihrer Schwerpunkte ist der Kampf gegen die vielen Frauenmorde in der Region. Auch der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen ist ein großes Thema. Dennoch hat sich Consorcio dazu entschieden, mit einzelnen gemischt-geschlechtlichen Gruppen zu kooperieren.

Bevor die Belgierin und ihre Kollegin weiterziehen, legen sie Ramírez nahe, die Finca auf keinen Fall zu verlassen. Dann machen sie sich auf den Weg. Auf einem überschwemmten, schlammigen Weg geht es durch das unendliche Grün des Waldes hinunter ans Meer, in die zwei Autostunden entfernte Gemeinde Barra de la Cruz. Auch dort haben sich einige Bauern Codedi angeschlossen.

### | Ein Mord und anhaltender Terror

Wer als Surfer einen geeigneten Strand an Mexikos Pazifikküste sucht, stößt unweigerlich auf Barra de la Cruz. Nur wenige Kilometer trennen das Dorf von den Buchten von Huatulco, einer Hochburg des mexikanischen Tourismus. In der Gemeinde treffen sich Wellenreiter aus aller Welt. Sie schwärmen von meterhohen Wellen. Und von dem „superfeinlichen Pepe“, dem „chilligsten und nettesten Typen, den du jemals treffen wirst“, wie ein Urlauber auf Facebook über den Anbieter von Ferienhäuschen schreibt.

Wenn jedoch Elisea Castillo Aguilar von „Pepe“ redet, wird sie nervös und kann ihre Wut nicht verhehlen. „Seine Leute haben meinen Bruder ermordet“, sagt sie und blickt auf die Akten, die sie auf dem Tisch ausgebreitet hat. Alles begann vor fünf Jahren. Die Castillos haben damals in der Dorfversammlung Land am Strand beantragt. Für die Kinder und Enkel, die sich dort niederlassen wollten, erklärt Vater Olivario. So sei das in der indigenen Gemeinde immer üblich gewesen. Fast alle hätten dafür gestimmt. „Wir haben die Urkunde für dieses Stück Boden“, betont der alte Mann.

**Der Konflikt:** Seit Jahrzehnten gehören Korruption und Gewalt zum Alltag der mexikanischen Gesellschaft. Die Rechtslage im Land ist unsicher. Seitdem die Regierung den Drogenkartellen 2006 den Kampf angesagt hat, eskaliert die Gewalt: Im Jahr 2018 wurden 33.500 Menschen ermordet, so viele wie noch nie seit Beginn der Statistik im Jahr 1997. Wer Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Angehörige unterstützt, ist in Mexiko Diffamierungen, Verfolgung, Vertreibung und Angriffen bis hin zum Mord ausgesetzt. Zunehmend gefährdet sind Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, die sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten sowie den Umweltschutz einsetzen.

**Das ZFD-Projekt:** Brot für die Welt kooperiert im ZFD in Mexiko mit fünf Partnern in drei Bundesstaaten. Derzeit sind sieben ZFD-Fachkräfte im Einsatz.

Nur zwei Personen hätten sich gegen diese Entscheidung ausgesprochen, unter ihnen Pepe, der mit der Familie verwandt ist.

Seither setzt Pepe mit allen Mitteln seine Interessen durch. Er wolle, davon geht Olivario Castillo aus, möglichst viel Land am Wasser sichern, weil dort künftig jeder Quadratmeter Gold wert sein wird. „Er will ein großes Tourismusprojekt entwickeln, deshalb hat er Leute um sich gesammelt, die uns fertig machen sollen.“ Der Familienvater erinnert an einen Vorfall im April 2017: 200 Schläger, bewaffnet mit Steinen und Prügel, stürmten damals das Rathaus. Ihr Anführer war Pepe, berichten örtliche Zeitungen.

Dann, am 25. Oktober letzten Jahres, traf es Eliseas Bruder Noel Castillo Aguilar. Unbekannte schossen ihm an einer nahegelegenen Kreuzung in den Kopf. „Sie haben ihn ermordet, weil er dafür gekämpft hat, dass wir zu unserem Recht kommen“, ist seine Schwester überzeugt. Auch nach dem

Mord gehe der Terror weiter, erklärt sie. Nun richteten sich die Drohungen gegen ihren Mann. Einige ihrer Angehörigen haben das Dorf aus Angst verlassen, andere die Seiten gewechselt.

### | Gitter und Lichtenanlage als Schutz

Während die Hausfrau berichtet, fotografieren López und de Wolf Dokumente, bitten um Unterschriften und machen Notizen. Dank ihrer Initiative erhält die Familie bereits Schutzmaßnahmen wie Gitter und Lichtenanlage. Nun gilt es, bei der Staatsanwaltschaft nachzuhaken. Bisher haben die Strafverfolger auch in diesem Fall nichts unternommen.

Auch Fredy García, der die beiden Consorcio-Frauen begleitet, rechnet nicht mit lokaler Unterstützung. Hinter Pepe stünden handfeste Interessen von Investoren, sagt er. Seit absehbar sei, dass die Autobahn zur Küste bald fertig gebaut werde, nehme die Gewalt zu. García erinnert daran, dass im Sommer 2018 wenige Kilometer entfernt ein Codedi-Compañero ermordet wurde, weil er sich gegen die Enteignung seines 23 Hektar großen Stücks Land am Strand gewehrt hatte. Seine Schlussfolgerung: „Da arbeiten Hoteliers, Regierung und Kriminelle eng zusammen.“

Zurück in die Finca Alemania. Dort gibt es Grund zu feiern. Wenige Tage, nachdem López und de Wolf von ihrem Besuch zurückkehren, fällt das Innenministerium in Oaxaca de Juárez einen unerwarteten Beschluss. Das Parlament solle entscheiden, dass dem Bürgermeister von Xanica das Mandat entzogen werde. Der Stadtvorsteher sei für systematische Menschenrechtsverletzungen und Gewalt in der Gemeinde verantwortlich und regiere nicht, heißt es. Nun könnte es an Codedi liegen, den Alltag in dem Dorf zu organisieren. Ihre Widersacher, so ist zu befürchten, werden keine Ruhe geben. | |



**Wolf-Dieter Vogel**

lebt in Oaxaca de Juárez. Er ist Korrespondent der taz sowie des epd und arbeitet für weitere Printmedien und den öffentlich-rechtlichen Hörfunk.

# „Man muss auf die Menschen setzen“

## Das Begleitsystem für das ZFD-Programm von Brot für die Welt in Afrika

Christiane Kayser und  
Flaubert Djateng

Das Begleitsystem des ZFD in Afrika hat Brot für die Welt ab 2007 Schritt für Schritt aufgebaut – ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte des ZFD. Die unabhängigen Gutachter Christiane Kayser und Flaubert Djateng waren daran elf Jahre lang maßgeblich beteiligt. Die wichtigsten Fragen und Antworten von zwei erfahrenen Protagonisten des Friedensdienstes zu Konfliktprävention in einer der instabilsten Regionen der Welt.

Worauf basiert das Begleitsystem des ZFD für Partnerorganisationen in Afrika?

Es beruht auf dem Zusammenspiel von nationalen Koordinatoren aus der jeweiligen Zivilgesellschaft, die einen längerfristigen Ansatz einbringen, den „Zwischenträgern“ eines multikulturellen Mobilen Teams mit einem etwas differenzierten strategischen Blick und schließlich dem Team von Brot für die Welt in Berlin. Nur in einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit dieser drei Elemente auf gemeinsame Ziele hin kann das System funktionieren.

Mit welcher Art von Konflikten sind die Projekte konfrontiert?

In allen vier Ländern, in denen die Arbeit stattfindet – Demokratische Republik (DR) Kongo, Kamerun, Sierra Leone und Liberia –, nehmen Gewalt und Zersplitterung der verschiedenen Gesellschaften stetig zu. In der DR Kongo sind viele bewaffnete Gruppen aktiv, die Menschen leben in großer Unsicherheit. In Kamerun haben sich Konflikte im Norden, Nordwesten und Südwesten in den letzten Jahren stark verschärft. Zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in beiden Ländern wachsen, auf Angst begründet, Misstrauen und Hass. Sierra Leone und Liberia wiederum haben Kriegssituationen überwunden, hatten aber 2014 mit der Ebola-Epidemie einen weiteren Unsicherheitsfaktor, der das friedliche Zusammenleben auf andere Weise behinderte.

Wie sehen die staatlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit in diesen Ländern aus?



Netzwerktreffen der ZFD-Partner und Koordinatoren von Brot für die Welt in der DR Kongo, Juni 2015, bei den Wasserfällen von Zongo.

Foto: Flaubert Djateng

In den frankophonen Ländern sind die sogenannten Demokratisierungsprozesse steckengeblieben und haben den Abgrund zwischen Staat und Bevölkerung verstärkt. In Sierra Leone und Liberia ist zumindest ein friedlicher Machtwechsel gelungen. Insgesamt bleiben die Staatsapparate und Verwaltungen aber korrupt.

Wie steht es um den internationalen Rahmen für ein solches Engagement?

Auf internationaler Ebene wird die Friedensarbeit zwar einerseits mehr anerkannt. Aber die Stabilisierung von konfliktzerrissenen Gesellschaften von innen ist im Vergleich zu Diplomatie und militärischen Interventionen von außen immer noch eher die Ausnahme und wird kaum gefördert. Das mag insbesondere an der langwierigen Arbeit in komplexen Sozialgefügen liegen. In der Folge müssen lokale Initiativen und Gruppen in der Friedensarbeit immer größere Risiken auf sich nehmen und erfahren insgesamt sehr wenig Unterstützung.

Welchen speziellen Ansatz hat das ZFD-Begleitsystem in Afrika in der Zeit Ihrer Tätigkeit verfolgt?

In allen vier Ländern wurde von Anfang an zusammen mit den lokalen Partnerorganisationen als Grundlage der Arbeit eine gemeinsame Vision zu Frieden und Friedensarbeit entwickelt. Vorher gab es nur einzelne unterstützte Projekte. Mit dem neuen Ansatz erkannten die Partnerorganisationen stärker ihre Rolle im Gesamtgefüge der Friedensförderung. Auch die externen Friedensfachkräfte wurden sehr viel mehr mit Bezug zu Friedensförderung wahrgenommen. Nationale ZFD-Koordinatorinnen und -koordinatoren aus der jeweiligen Zivilgesellschaft ermöglichten schließlich einen multikulturellen Ansatz und mehr Nachhaltigkeit; damit wird dem Klischee des „Weißen, der mehr weiß und kann“, entgegengewirkt und die Zusammenarbeit zwischen Afrikanern und Europäern, zwischen Frauen und Männern auf eine gesunde Grundlage gestellt. Ein Schwerpunkt der Arbeit war auch das Wissensmanagement über eine gemeinsame Webseite und Publikationen (Building peace, [www.peaceworkafrica.net](http://www.peaceworkafrica.net)). So lernten alle die Arbeit der anderen besser kennen und nahmen sich auch Zeit, Lehren aus der eigenen Arbeit zu ziehen. Und das Begleitsystem stärkte schließlich auch die

Ein Gesundheitsarbeiter vor unter Quarantäne gestellten Häusern in Koidu City, Sierra Leone, 2014. Unsicherheitsfaktoren wie die Ebola-Epidemie damals bedrohen das friedliche Zusammenleben.



Foto: picture alliance/ZUMA

Beziehungen zwischen Friedensaktivisten und -aktivistinnen aus verschiedenen afrikanischen Ländern.

Welche Akteure in der Zivilgesellschaft spielen eine besondere Rolle?

Lokale Journalisten und Gemeinschaftsradios machen kostbare, aber riskante Arbeit. Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Bildungsarbeit und für Frauenbelange sind wichtige Partner, die oft übersehen werden. Auch die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft entwickelt sich immer mehr – sie ist ein wichtiges Gegengewicht gegen korrupte und zuweilen kriminelle Staaten und Behörden.

Wie erfolgreich war der Einsatz in den elf Jahren Ihrer Tätigkeit?

Es gibt zahlreiche Beispiele, wo die Arbeit Früchte trägt. In allen Ländern wurden gemeinsam Prinzipien zum Verhalten während der sehr konfliktträchtigen Wahlkämpfe entwickelt und angewendet. Zudem führen viele Partnerorganisationen mittlerweile vor Ort selbständig Umfeld- und Konfliktanalysen durch. In Kamerun konnte in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Aktionsforschung zur Beteiligung Jugendlicher an bewaffneten Gruppen durchgeführt und in der Arbeit mit Jugendlichen eingesetzt werden ([www.peaceworkafrica.net](http://www.peaceworkafrica.net)). Zudem wurde in Kamerun mit Hilfe einer Friedensfachkraft ein Community Radio Netzwerk aufgebaut – das in der derzeit angespannten Situation wichtige Arbeit leistet. In der DR Kongo und Ruanda wurde in Zusammenarbeit mit dem ZFD-Programm der GIZ in den Grenzstädten Goma und Gisenyi jahrelang grenzübergreifende Jugendarbeit unterstützt und gefördert. In der DR Kongo trägt zudem eine Friedensfachkraft wesentlich zu landesweiter und grenzübergreifender Journalistenausbildung bei. In Sierra Leone werden seit Jahren Aktionen gegen „Landgrabbing“ erfolgreich unterstützt. All das sind ganz verschiedene Beispiele dafür, welche positiven Ergebnisse Friedensarbeit hervorbringen kann.

Und wo lagen die größten Schwierigkeiten?

Eine zentrale Herausforderung sind natürlich korrupte, oft von Einzelpersonen privatisierte öffentliche Dienste. Dazu kommt, dass es in der DR Kongo und Kamerun für lokale Akteure immer riskanter wird, Interessenskonflikte zwischen Bevölkerung und Entscheidungsträgern oder Eliten sowie zwischen Bevölkerungsgruppen klar zu benennen. Ein weiteres Problem: Um etwas zu erreichen, sind nicht nur lokale Maßnahmen notwendig. Dazu müssen über die ZFD-Partner hinaus auch andere Akteure mit einbezogen werden. Doch in sich weiter zersplitternden Gesellschaften werden genau solche Aktionsbündnisse immer schwieriger. Am Beispiel Kamerun kann man zudem sehen, dass es bei zunehmenden Konflikten in den Regionen schwieriger wird, Plattformen für Austausch und Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Kleinen zu schaffen. Denn das Misstrauen zwischen Gemeinschaften wächst hier. Und schließlich sollte man auch nicht unterschätzen, wie sehr die zunehmende Bürokratisierung auf der Geberseite einen Ansatz erschwert bis verunmöglicht, der auf lokale Arbeit in komplexen Situationen und gegenseitiges Vertrauen aufbaut.

Wo liegen die Chancen für die Zukunft in den betreffenden Ländern?

In den letzten zehn Jahren haben sich trotz zunehmender Einschüchterung und Unterdrückung in einigen Ländern starke Jugendbewegungen entwickelt. Hier liegt eine Chance, aber auch ein Risiko. Denn diese Bewegungen können in Gewalt abgleiten, wenn sie weder Unterstützung noch Begleitung erfahren. Die sogenannten „local capacities for peace“ benötigen dringend Unterstützung und Sichtbarkeit.

Was muss künftig verbessert werden?

Die Stimmen aus dem Süden werden immer noch zu wenig gehört und gesehen. Der ZFD kann und soll dazu eine Plattform bieten. Er ist zudem ein wesentlicher Raum dafür, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Kirchen und staatlichen Strukturen zu

erproben und zu stärken. Das ist noch nicht überall möglich, bleibt jedoch eine Grundvoraussetzung für dauerhafte Stabilisierung.

Zum Abschluss: Warum lohnt sich der Einsatz trotz aller Schwierigkeiten?

Nach mehr als dreißig Jahren Zusammenarbeit mit afrikanischen Aktivisten und Initiativen in mehr als zehn Ländern muss man betonen, dass trotz aller Rückschläge und einer nicht sehr ermutigenden internationalen Lage eines immer wieder Energie und Mut zu dieser Arbeit gibt: die beeindruckende Entwicklung von Kompetenzen, Engagement, Kreativität und Beharrlichkeit von insbesondere jungen Menschen und Frauen, die Weiterbildungsmaßnahmen und fachliche Unterstützung erfahren können. Es ist sicher noch ein langer Weg, aber wer auf der Grundlage von gemeinsamen friedensrelevanten Zielen Menschen befähigt, sich für ihre Belange gewaltfrei einzusetzen, der lernt selbst dazu und genießt den Luxus, sinnvolle Arbeit machen zu können. | |



**Christiane Kayser,** seit 1984 im Auftrag verschiedener Geber in West- und Zentralafrika tätig, stärkt lokale Strukturen und vernetzt Gemeinschaften, Regionen und Länder.



**Flaubert Djateng,** geboren in Kamerun, arbeitet als Aktivist in der Zivilgesellschaft seines Landes, aber auch im Auftrag zahlreicher Geber in West- und Zentralafrika.

# Ein Land im Abwärtsstrudel

Journalistische Ausbildung in Kamerun – in den Anfängen eines Bürgerkriegs



Tageszeitungen, an die Außenwände der Verkaufsstellen getackert: Aya Bach (rechts) vor einem Zeitungskiosk in Yaoundé, Kamerun.

Foto: Adrienne Surprenant / Collectif

| Aya Bach

Im März 2016 ist die Deutsche-Welle-Redakteurin Aya Bach als Fachkraft nach Kamerun gegangen, um in der Hauptstadt Yaoundé einen Studiengang für konfliktsensitiven Journalismus aufzubauen. Die Aufgabe wurde heikler als gedacht. In dem damals stabil erscheinenden Land sind heute Separatisten und Armee in einen blutigen Konflikt verwickelt. Und die Regierung legt den Begriff Pressefreiheit nach Belieben aus. Die Chronik eines eskalierenden Konflikts – aus Sicht einer Friedensfachkraft vor Ort.

Wer in Kamerun Zeitung liest, tut das meist im Stehen. Die Kioske sind permanent von Männern umringt, die wissen wollen, was es Neues gibt. Mehrere Dutzend Tageszeitungen, an die Außenwände der Buden getackert, kämpfen um Aufmerksamkeit. Die Schlagzeilen überbieten sich so schreiend wie die Knallfarben: rot, lila, pink, orange. Doch die Blätter verkaufen sich schlecht. Die allermeisten Kiosk-Belagerer kommen nicht, um eine Zeitung zu kaufen, sondern sie studieren nur die Titelseiten. Ein Problem für die Zeitungsverlage, die oft ums Überleben kämpfen. Und das ist nur ein kleiner Teil der Misere für die kameruner Presse.

Wegen der prekären finanziellen Lage vieler Zeitungen werden Journalisten extrem schlecht bezahlt. Oder gar nicht. Was wiederum bedeutet, dass oft unprofessionelle Schreiber am Werk sind. Schlimmer noch, die schreibende Zunft ist weitgehend abhängig von dem,

was hier „Gombo“ heißt: Bestechungsgeld. Gerne kaufen Politiker Journalisten für ihre Zwecke. Die Folge: mediale Attacken gegen politische Widersacher, Stimmungsmache gegen bestimmte Ethnien. Gefährliche Zündeleien in einem postkolonialen Vielvölkerstaat.

Wie schnell medial befeuerter Hass tödlich werden kann, ist noch aus Ruanda in Erinnerung, wo das berüchtigte „Radio Mille Collines“ zum Genozid anstachelte. Mit dem ZFD-Programm unterstützt Brot für die Welt Organisationen, die einer vergleichbaren Gefahr in Kamerun entgegensteuern. Die Idee: junge Journalistinnen und Journalisten dafür sensibilisieren, dass sie im Umfeld von Konflikten Verantwortung tragen.

Ermöglichen soll das ein neu zu eröffnender Studiengang. Dieser soll professionelles journalistisches Handwerk einerseits und Kennt-



nisse in Konfliktbearbeitung andererseits vermitteln. Partner für das Vorhaben ist eine Privatuni in Yaoundé, die Université Protestante d'Afrique Centrale (UPAC). Im März 2016 startet das Projekt.

Das neue Fach wird schon nach wenigen Wochen wichtiger, als man es sich gewünscht hätte. Denn es entbrennt ein Konflikt, der sich unkontrollierbar ausweiten wird. In den englischsprachigen Regionen des Landes, im Nord- und Südwesten, formiert sich Protest gegen die zentralistische Regierung in Yaoundé. Zuerst gehen Anwälte und Lehrer auf die Straße, die sich gegenüber der französischsprachigen Mehrheit benachteiligt sehen. Yaoundé reagiert mit Massenverhaftungen. Das reizt zum Widerstand, die Bewegung erfasst große Teile der Bevölkerung. Generalstreiks legen das öffentliche Leben lahm, Schulen schließen auf Druck der Protestbewegung.

### | Die „Anglophone Krise“

Schnell spaltet die „Anglophone Krise“ die Nation, die Studierenden an der UPAC nicht ausgenommen. Für sie ist der Konflikt zugleich eine journalistische Herausforderung: Wie berichtet man fair und unvoreingenommen? Wie geht man mit der eigenen Meinung um? Wie findet man verlässliche Informationen? Und wie schützt man Informanten?

In vielen Kameruner Medien schert man sich derweil wenig um solche Fragen. Staatsmedien verteufeln die Demonstranten als Terroristen, die englischsprachige Presse befeuert die Proteste, ein prominenter TV-Journalist in Yaoundé nennt die Demonstranten „Ratten“, die es zu vernichten gilt.

Deutlicher kann kaum werden, warum der neue Studiengang für Kamerun wichtig ist. Professionelle Standards in Krisensituationen wahren, sich nicht instrumentalisieren lassen, Konflikte erklären mit Blick auf Lösungen statt Hassbotschaften rauszuhauen – das hat auch mit journalistischer Ausbildung zu tun. Und mit Überzeugung.

Die UPAC-Studierenden, gerade erst am Anfang ihrer Ausbildung, erarbeiten ein Themenheft über den Konflikt, erläutern histori-

**Der Konflikt:** Im Westen Kameruns kommt es seit 2016 im Rahmen der „anglophonen Krise“ zu massiver Gewalt und Repression. Dabei geht es nur vordergründig um eine Benachteiligung der englischen Sprache und Kultur durch die frankophone Zentralregierung, sondern um eine tief greifende Unzufriedenheit mit der 37 Jahre andauernden Regierung Paul Biyas.

**Die ZFD-Mission:** Brot für die Welt kooperiert im ZFD in Kamerun mit 15 Partnern an acht Standorten. Derzeit sind sieben ZFD-Fachkräfte im Einsatz.

sche Hintergründe, die in der Kolonialzeit wurzeln. Sie analysieren die Eskalation, suchen nach Auswegen. Doch natürlich kann keine Studentenzeitung der Welt diese Krise beenden.

Die Lage spitzt sich zu, im Laufe der nächsten zwei Jahre wird aus der Krise im Nord- und Südwesten ein Krieg zwischen militanten Separatisten und Regierungstruppen. Bewaffnete Milizen entführen, foltern, morden. Regierungstruppen setzen ganze Dörfer in Brand. Hunderttausende flüchten, verstecken sich in

Wäldern oder suchen Zuflucht bei Verwandten in den französischsprachigen Landesteilen. Eine UPAC-Studentin aus dem Nordwesten beherbergt bald eine betagte Tante und neun Kinder aus ihrer Familie in der bescheidenen Wohnung, die ihr die Uni auf dem Campus zur Verfügung stellt. „I am fine“ sagt sie, wenn man sie fragt, wie es ihr geht.

Pünktlich zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2018 beginnt ein neuer Journalisten-Jahrgang sein Studium an der UPAC. Paul Biya, seit 1982 im Amt, lässt sich wiederwählen mit offiziell 71,25 Prozent der Stimmen. Herausforderer Maurice Kamto reklamiert massiven Wahlbetrug, beansprucht den Sieg für sich. Ein neuer Konflikt entbrennt, zwischen Regierung und Opposition. Zugleich flammt damit ein alter ethnischer Konflikt neu auf: Biya gehört zu den Bulu im Süden des Landes, Kamto zu den Bamileke, einer Bevölkerungsgruppe im Westen, die sich schon lange benachteiligt fühlt. Kamerun gerät in einen zweiten Strudel aus politischem Protest, tribalistischen Anfeindungen und staatlicher Repression. Repression auch und gerade gegenüber Journalisten.

**November 2018:** Zwischen den Fronten der „Anglophonen Krise“ kommt ein US-Missionar ums Leben. Eine bekannte Journalistin zitiert auf ihrer Webseite eine Agenturmeldung, er sei

Studierende des Studiengangs für konfliktsensitiven Journalismus bei einer Radiosendung im Juni in Yaoundé.



Foto: Adrienne Surprenant / Collectif



Paul Biya beim Urnengang mit seiner Frau Chantal in Yaounde, Oktober 2018. Nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten entbrennt ein neuer Konflikt zwischen Regierung und Opposition.

von Regierungstruppen erschossen worden. Kurz darauf veröffentlicht sie die entgegengesetzte Darstellung der Regierung. Doch sie wird verhaftet und vor ein Militärtribunal gestellt. Nach einigen Tagen kommt sie frei. Andere werden später weniger Glück haben.

**Dezember 2018:** Meine Studierenden erarbeiten ein Print-Magazin über die verschiedenen Krisenherde in Kamerun. Sie bemühen sich um Aufrichtigkeit, eine journalistische Tugend. Doch Kritik an der Regierung üben sie allenfalls in homöopathischen Dosen. Soll ich, darf ich sie ermutigen, mehr zu wagen? Ich werde das Land wieder verlassen, sie müssen hier leben und ihre Kinder ernähren. Wer hier unabhängigen Journalismus betreiben will, wie er im Lehrbuch steht, muss viel Mut haben. Trotz der vorsichtigen Formulierungen bedarf es einiger Überzeugungskraft, bis die Leitung der Uni grünes Licht gibt, damit wir die „UPAC Peace News“ auf dem Campus verteilen.

Eines Abends verlässt Geraldine, eine anglophone Studentin, hastig den Seminarraum, kehrt nicht mehr zurück. Nach ein paar Tagen kommt eine Nachricht: Sie musste überstürzt nach Hause fahren in den Nordwesten, ihr kleiner Bruder wurde entführt und gefoltert. Sie schickt schockierende Bilder mit, sein Rücken ist aufgerissen von Peitschenhieben. Für ihre Familie bereits die zweite Entführung, schon einmal mussten sie Lösegeld aufbringen. Meist sind es Separatisten, die auf diese Weise Geld erpressen. Hass empfindet Geraldine dennoch nicht. Sie will einfach nur, dass der Frieden zurückkommt und möchte selbst als Journalistin dazu beitragen. In ihren Beiträgen schafft sie es, professionelle Distanz zu bewahren.

**26. Januar 2019:** Demos für den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Kamto. Meh-

rere hundert Menschen werden inhaftiert, darunter Reporter, die über die Demos berichten sollen.

**28. Januar:** Maurice Kamto wird verhaftet.

**3. Februar:** Interview im Staatsfernsehen, ein Minister versteigt sich zu einem hanebüchernen historischen Vergleich: Die Bamileke seien wie die Juden in Deutschland, die sehr reich und arrogant gewesen seien. Darum seien die Deutschen „frustriert“ gewesen, weswegen Hitler sie in die Gaskammern geschickt habe.

Der TV-Journalist stellt keine kritische Nachfrage.

Es beginnt eine neue Runde medialer Schlachten zum Thema Tribalismus, das Klima zwischen Bulu und Bamileke heizt sich auf bis zu Morddrohungen.

**12. Februar:** In der Nacht wird Maurice Kamto ins berüchtigte Gefängnis Kondengui überstellt. Und mit ihm 145 Anhänger seiner Partei.

**22. Februar:** Die Zeitung „Le Jour“ titelt „Bienenvenue dictature“, Willkommen, Diktatur. Ihr Chef, Haman Mana, ist einer unserer Dozenten. In seinem Leitartikel beklagt er das Ende der Bürgerrechte in Kamerun.

Friedensjournalismus bedeutet nicht Schweigen, wenn Unrecht geschieht. Es bedeutet, seine Worte verantwortungsvoll zu wählen.

**14. März:** Meine Studentin Geraldine wird verhaftet. Sie hat im Südwesten eine kleine Friedensdemo von Journalisten organisiert. „Yes to Justice and Peace“ stand auf ihrem Plakat. Das genügt inzwischen, um festgenommen zu werden. Offiziell heißt es, die Demo sei vom genehmigten Weg abgewichen. Am Abend kommt Geraldine frei.

Ein paar Wochen später planen meine Studierenden eine Radiosendung, die öffentlich ausgestrahlt wird. Um die heißesten politischen Eisen machen sie einen Bogen, widmen sich einem anderen hochsensiblen Thema, dem Zustand der öffentlichen Krankenhäuser. Doch in der angespannten Stimmung lassen sich auch dazu nur schwer Stellungnahmen finden. Ich bin beeindruckt, wie kreativ und hartnäckig gerade die jüngste Studentin recherchiert, denn Personal und Patienten mauern. Der geplante Studiogast taucht vor der Sendung ab. Ein Land in Angststarre.

Meine Zeit in Kamerun geht bald zu Ende. Nach dreieinhalb Jahren ist die Bilanz gemischt. Die Journalistinnen und Journalisten, die wir bisher ausgebildet haben, werden die Medienlandschaft nicht umkrepeln können. Und vermutlich werden die wenigsten den Mut haben, sich offen gegen ein Regime zu äußern, das bürgerliche Freiheitsrechte immer weiter einschränkt. Aber ich bin sicher, dass von ihnen niemand Hassbotschaften veröffentlicht wird. Dass sie ihr Bewusstsein für journalistische Verantwortung weitergeben werden. Dass sie andere dazu ermutigen, fair und unparteiisch zu berichten. Das „Gombo“-System – bezahlte Berichterstattung – werden sie nicht abschaffen können. Und so bald wird es keine echte Pressefreiheit geben. Aber mit großer Sicherheit werden sie das Ende der Amtszeit Biya erleben. Was dann kommt, weiß niemand. ||

Der Artikel entstand Ende Juni 2019. Anfang Oktober kamen zunächst 333 Personen frei, die im Zuge der „Anglophonen Krise“ inhaftiert worden waren, später auch 102 Anhänger und Mitglieder des MRC, darunter Oppositionsführer Kamto selbst. Zahlreiche Menschen, die im Rahmen der „Anglophonen Krise“ ins Gefängnis kamen, sind jedoch weiterhin in Haft, ebenso Oppositionelle aus dem Umfeld des MRC. Auch einige Journalisten sind weiterhin im Gefängnis. (Stand 09.10.2019)



**Aya Bach**

ist seit 1985 im Journalismus unterwegs, seit 1994 als Journalistin bei der Deutschen Welle. Seit 2016 war sie Journalismus-Dozentin in Kamerun.

# Der lange Weg zum Frieden

Das ZFD-Programm in Myanmar



Camp für intern Vertriebene 2016 nahe Myitkyina im Norden Myanmar. Es wird von der Karen Baptist Convention unterstützt.

Foto: Thomas Lohnes/Brot für die Welt

| Anna-Sophie Schönfelder

Seit Jahrzehnten gibt es im Vielvölkerstaat Myanmar bewaffnete Auseinandersetzungen, in denen ethnische Minderheiten mit den militärischen Machthabern um mehr Autonomie und Anerkennung ringen. Die ersten demokratischen Wahlen 2015 haben die Hoffnung auf mehr Frieden aufkeimen lassen. Doch der Weg ist noch weit. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Shalom Foundation und die Yangon Film School kämpfen für dieses Ziel mit jeweils unterschiedlichen Ansätzen. Beide Organisationen sind Teil des ZFD-Programms in Myanmar, das Brot für die Welt jüngst begonnen hat aufzubauen.

Das Massaker an der muslimischen Minderheit der Rohingya sorgte im Herbst 2017 für internationales Entsetzen und rückte die gesellschaftlichen Spannungen in Myanmar in den Blick der Öffentlichkeit. Mehr als 700.000 Menschen wurden gewaltsam vertrieben und flohen ins Nachbarland Bangladesch. Doch auch in anderen Regionen des Landes halten die Konflikte an. Im nördlichen Kachinstaat beispielsweise leben über 100.000 Binnenvertriebene in Camps.

Ein erster Schritt auf dem langen Weg Richtung Frieden war das nationale Waffenstillstandsabkommen. Es wurde bislang vom burmesischen Militär und zehn bewaffneten ethnischen Gruppen unterzeichnet. Mit der Panglong-Friedenskonferenz, die 2016 zum ersten Mal stattfand, wurde der nationale Friedensprozess angestoßen. Seitdem haben sich Vertreter aus Regierung und Militär sowie der ethnischen Gruppen dreimal getroffen, um über die Bedingungen für einen langwährenden Friedensschluss zu verhandeln. Doch der Prozess geht nur

schleppend voran. Die letzte Konferenz im Juli 2018 brachte wenig Fortschritte, ein Datum für die nächste steht noch nicht fest.

Auf gesellschaftlicher Ebene indes tut sich einiges. Zivilgesellschaftliche Organisationen dürfen nur als Beobachter an den nationalen Friedensverhandlungen teilnehmen. Sie sind jedoch in vielen Bereichen sehr aktiv. Sie arbeiten vor Ort in den Dörfern und versuchen gleichzeitig, sich national zu vernetzen und Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger zu nehmen. Dabei bemühen sie sich oft, den Blick auch auf marginalisierte Gesellschaftsgruppen zu lenken und deren Bedürfnissen Gehör zu verschaffen. Zwei Beispiele dafür sind die Organisationen Shalom Foundation und Yangon Film School, die beide von Brot für die Welt unterstützt werden. Mit jeweils ganz unterschiedlichen Ansätzen wirken sie für eine friedlichere Gesellschaft. Beide setzen aber vor allem auf die Motivation und Innovati-

onskraft junger Menschen. Die Shalom Foundation bildet sie zu Führungsfiguren in ihren Gemeinschaften aus und in der Yangon Film School lernen sie, Konflikte und ihre Folgen mit filmischen Mitteln greifbar zu machen.

Beispielhaft für diese Arbeit sind die Lebensläufe der Jugendaktivistin Lum Ra La Ung und der Filmemacherin Nu Nu Hlaing. Sie sind geprägt durch die Arbeit der beiden Organisationen und zeigen exemplarisch, dass Frieden nicht nur in großen Konferenzsälen geschlossen wird – sondern da, wo Menschen sich engagieren und selbst für eine friedliche Gesellschaft eintreten.

## Shalom Foundation: Jugend und Hoffnung



Foto: Anna-Sophie Schönfelder

Lum Ra La Ung ist eine zierliche Frau, deren lange schwarze Haare ihren ganzen Rücken hinunterreichen. Sie spricht fließend Englisch; nur manchmal stockt sie und sucht nach dem richtigen Wort, als sie ihre Geschichte erzählt. Lum Ra ist Kachin, sie gehört damit zu einer ethnischen, mehrheitlich christlichen Minderheit im Norden Myanmars, und wuchs als Tochter eines Pastors auf. Als ihre Mutter 2006 verstarb, brach sie ihr Studium ab und kehrte nach

Myanmars Regierungschefin und Außenministerin, die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi (Mitte) im April 2019 bei der traditionellen Wasserzeremonie des Landes.

Hause zurück, um die Familie zu unterstützen. Über die Kirche erfuhr sie von einem Freiwilligenprogramm für junge Menschen, für das sie sich bewarb und so Shalom kennenlernte. Die Organisation hat ihren Ursprung ebenfalls im Kachin Staat. Dort wurde sie 2000 gegründet, als ein Ende der Militärherrschaft noch nicht abzusehen war, und ist seitdem zu einer national arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisation herangewachsen. Ihr Ziel ist es, dazu beizutragen, dass ein für alle Seiten gerechter Friedensschluss gefunden werden kann. Außerdem will sie auch auf lokaler Ebene ein friedliches Miteinander der Menschen fördern und Gemeinschaften stärken.

Das Freiwilligenprogramm, an dem Lum Ra teilgenommen hat, knüpft genau dort an. Nach einem dreimonatigen Training verteilen sich die Teilnehmer auf einzelne Dörfer und unterstützen die Bewohner dabei, praktische Lösungen zu finden, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Diese reichen von Infrastrukturprojekten wie dem Einsatz für den Bau von Straßen oder Schulen bis zur Gründung von Spargruppen, über die die Leute günstig Geld leihen können, um sich etwas aufzubauen. Auf diese Art und Weise tragen die Freiwilligen zur Gemeindeentwicklung bei und entwickeln ein Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft. Viele engagieren sich auch nach Abschluss des einjährigen Freiwilligendienstes weiterhin sozial. Auch Lum Ra ging daraus verändert hervor und beschloss, bei Shalom zu bleiben und anderen jungen Menschen diese Erfahrung zu ermöglichen. „Für eine friedliche Gesellschaft brauchen wir Menschen, die sich selbst zurücknehmen und bereit sind, der Gemeinschaft zu dienen.“ Das Wort „dienen“ benutzt sie häufig; es ist ihr die wichtigste Art, ihren christlichen Glauben zu leben.

Dreizehn Jahre arbeitet Lum Ra nun schon für Shalom. Mittlerweile ist sie aus dem Kachin Staat nach Yangon gezogen und leitet von der Zentrale aus das Projekt Interfaith Youth Cooperative Action for Peace (IYCAP). Für ein toleranteres Miteinander der Religionen versammelt IYCAP junge Buddhisten, Muslime, Hindus und Christen und stößt einen Dialog an. „Wir gehen immer in drei



Foto: picture alliance / AP Photo

Schritten vor“, erklärt Lum Ra. „Zunächst geht es darum, überhaupt erst einmal eine Beziehung aufzubauen. Danach erst kann Vertrauen geschaffen werden, sodass die jungen Leute offen über ihre Werte diskutieren können und diese am Ende auch respektieren.“ Darüber hinaus sei es wichtig, Wissen über die verschiedenen Religionen zu vermitteln. IYCAP organisiert also Besuche in buddhistischen Klöstern, Moscheen, Hindu-Tempeln und Kirchen, wo die jungen Teilnehmer etwas über Bräuche und gelebten Glauben lernen und durch den direkten Kontakt die Möglichkeit haben, Vorurteile abzubauen.

Ethnische und religiöse Konflikte sind in Myanmar nur schwer voneinander zu trennen. Mit der Liberalisierung des Landes seit 2011 hat auch der buddhistische Nationalismus zugenommen, gepaart mit anti-muslimischer Hetze und gewalttätigen Ausschreitungen. Dies resultiert unter anderem aus der weitverbreiteten Angst, dass die buddhistisch geprägte Mehrheitskultur der do-

Die Shalom Foundation engagiert sich für ein friedliches Myanmar und Toleranz zwischen den verschiedenen Ethnien und Religionen. Dabei setzt die Organisation vor allem auf die Aktivierung und Ausbildung junger Menschen: ein Kampf für mehr Teilhabe.



minierenden Volksgruppe der Bamar durch die Einflüsse anderer Religionen verwässert und nach und nach ausgelöscht werden könnte. In einem Vielvölkerstaat wie Myanmar aber sind Frieden, Gleichberechtigung und Demokratie nur durch Offenheit für eine multiethnische Gesellschaft und Toleranz zu erreichen.

In dieser Hinsicht ist gerade die junge Generation gefragt – geht es doch darum, die Gesellschaft von morgen zu gestalten. Über die Hälfte der Einwohner ist unter 30. Doch ausgerechnet diese Bevölkerungsgruppe ist vom Friedensprozess weitgehend ausgeschlossen. Trotz einiger Versuche, ihre Interessen auf formeller und informeller Verhandlungsebene zu berücksichtigen, hat eine direkte Beteiligung der Jugend bisher nicht stattgefunden. Vor allem auf kommunaler Ebene kann sie eine wichtige Rolle spielen: die jungen Menschen können den Anliegen ihrer Dorfgemeinschaften Gehör verschaffen und die Leute aufklären. Denn damit diese in Frieden leben können, müssen nicht nur die Gefechte aufhören, sondern auch Probleme wie Drogenmissbrauch, Menschenhandel und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen bekämpft werden.

Shalom hat das Potenzial, das in diesen jungen Menschen steckt, erkannt und unterstützt sie auf dem Weg, Führungsfiguren in ihren Gemeinschaften zu werden. Wenn

sie sich dann mit ebenso viel Überzeugung und Hingabe wie Lum Ra engagieren, gibt es vielleicht Hoffnung, dass sie bei den Bemühungen um ein neues, friedliches Myanmar doch nicht nur Randfiguren bleiben.

## | Yangon Film School: Filme für den Frieden



Filmemacherin Nu Nu Hlaing

Foto: Anna-Sophie Schönfelder

Dicht bewaldete, nebelverhangene Berge. Ein schlammiger Fluss, auf dem ein Langboot langsam dahingleitet. Eine kleine Menschengruppe hockt darin. Aus dem Dickicht am Ufer tritt ein Soldat in Uniform hervor, zunächst kaum zu erkennen, und winkt das Boot heran. Es gibt keine Anlegestelle, die Insassen machen einen großen Schritt in den Schlamm hinein und stolpern die rutschige Uferböschung hinauf. Ein Mann hält die Hand eines behinderten Mädchens und

Die Yangon Film School bildet junge engagierte Filmemacher aus, die mit ihren Werken ein gesellschaftliches Umdenken anstoßen wollen. Sie porträtieren Menschen aus allen Winkeln Myanmars und dokumentieren ihre Lebenssituationen in einem konfliktbehafteten Umfeld und tragen so zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei.

zieht sie mit hinauf. Die Frau, die ihnen folgt, klettert ohne Hilfe. Sie stolpert kurz, rutscht aus, fängt sich jedoch sogleich wieder und ist mit zwei Schritten oben.

Mit diesen Bildern beginnt der Film „Mother at Arms“ von Nu Nu Hlaing, der die Geschichte der Revolutionärin Mi Sue Pwint erzählt. Als Studentin radikalisiert sie sich angesichts der Militärgewalt im August 1988, geht in den Untergrund und steigt im bewaffneten Arm der studentischen Widerstandsgruppe ABSDF zur Befehlshaberin auf. Sie heiratet einen Kameraden, wird schwanger und bringt mitten im Dschungel eine Tochter zur Welt, die in Folge einer Gelbfiebererkrankung schwere geistige Schäden davonträgt. Trotz der aufopferungsvollen Pflege ihrer Tochter gibt Mi Sue Pwint ihren Widerstand und ihre politische Arbeit nicht auf. Heute ist sie eine wichtige Persönlichkeit im Friedensprozess und eine der wenigen Frauen auf der Panglongkonferenz. Es ist die außergewöhnliche Geschichte einer Frau, die entgegen gängiger Rollenbilder und unter widrigsten Umständen entschlossen dem Weg ihrer Überzeugung gefolgt ist.

Der Film ist im Rahmen eines Dokumentarfilmwettbewerbs zum Thema „Women and Peace“ entstanden, den die NGO Yangon Film School 2017 ausgerichtet hat. Die junge Filmemacherin Nu Nu Hlaing hat an der Schule zwei Jahre zuvor ihren Abschluss gemacht. Drei Jahre hat sie dort studiert, Kurse zu Themen wie Drehbuchs schreiben, Tongestaltung, Kameraführung und Filmanalyse besucht. Bis heute ist sie der Schule wie viele andere Alumni nach wie vor eng verbunden. Sie ist überzeugt: „Die YFS ist die beste Filmschule Myanmars. Sie ist ein Pionierprojekt, das schon unter dem Militärregime ins Leben gerufen wurde, und noch immer gibt es keinen Ort, an dem man eine Ausbildung vergleichbarer Qualität erhalten kann.“

Seit 2005 bildet die Yangon Film School junge Filmemacher im Bereich Dokumentarfilm aus. Bei der Auswahl der Studenten setzt sie auf ethnische Diversität sowie kreatives Potenzial und gesellschaftlichen Verän-

derungswillen. Ihre Filme laufen mittlerweile immer häufiger auch auf internationalen Festivals, wo einige sogar Preise gewonnen haben. An die Schule ist darüber hinaus eine Produktionsfirma angegliedert, die unter anderem die von über einer Million Zuschauern im Fernsehen verfolgte Serie „The Sun, the Moon and the Truth“ produziert.

Der Dokumentarfilm war bis zur Öffnung des Landes 2011 ein weitgehend unbekanntes Genre in Myanmar. Mittlerweile gibt es jedoch immer mehr junge Filmemacher. Auch Nu Nu hat sich ganz und gar dem Dokumentarfilm verschrieben: „Je mehr ich darüber lerne, desto mehr fasziniert mich diese Art Geschichten zu erzählen. Man zeigt das wahre Leben und versucht es für den Zuschauer greifbar zu machen und eine Emotion zu erzeugen.“ Der Dokumentarfilm kann also informieren und Empathie wecken für das Schicksal anderer. Darin sieht

**Der Konflikt:** Nach Jahrzehnten militärischer Diktatur begann 2011 ein Prozess der politischen und gesellschaftlichen Öffnung, der dem Land 2015 die erste zivile Regierung unter der Führung von Friedensnobelpreisträgerin und Demokratieikone Aung San Suu Kyi brachte. Doch das Militär übt weiterhin einen großen Einfluss aus. Zudem ist die Gesellschaft des Vielvölkerstaats mit 135 anerkannten Ethnien stark gespalten. Die Diskriminierung von Minderheiten ist weiterhin verbreitet. Die Kämpfe zwischen Militär und bewaffneten Rebellengruppen dauern in einigen Landesteilen an. Hinzu kommen die Enteignung von Bäuerinnen und Bauern im Zuge großer Infrastrukturprojekte und „Landgrabbing“.

**Das ZFD-Projekt:** Brot für die Welt hat mit dem Aufbau eines ZFD-Landesprogramms in Myanmar jüngst begonnen. Partner, mit denen Brot für die Welt in anderen Bereichen kooperiert, haben Interesse bekundet, am ZFD mitzuwirken. Im Laufe der nächsten Jahre sollen sechs Fachkräfte ihre Arbeit beginnen.

Foto: Nu Nu Hlaing



Die Ex-Revolutionärin und Politikerin Daw Mi Sue Pwint (li.) mit ihrer Tochter.

Nu Nu auch das Potenzial, zum Friedensprozess in Myanmar beizutragen.

### | Mit dem Herzen arbeiten

Die Filme, die in der YFS entstehen, bleiben nicht in Yangon. Sie reisen durch das Land und tragen Geschichten aus konfliktbetroffenen Gebieten weiter, um über die Geschehnisse dort aufzuklären und Verständnis zu erzeugen. Darüber hinaus erreichen sie auch Entscheidungsträger wie Parlaments- und Regierungsmitglieder oder werden im Rahmen der Panglong-Friedenskonferenzen gezeigt. Solange man mit dem Herzen arbeitet, sei auch die Botschaft der Arbeit stark, ist sich Nu Nu sicher. Jeder könne den Auslöser einer Kamera betätigen, das sei nicht die Kunst. Die Kunst sei, sich von dem Gesehenen berühren zu lassen und dieses Gefühl in die Arbeit miteinfließen zu lassen. So sei es ihr auch mit Mi Sue Pwints Geschichte gegangen. „Sie ist eine so mutige und gleichzeitig ganz bescheidene Frau voller Zuversicht. Die Liebe zwischen ihr und ihrer Tochter hat mich unglaublich berührt und ich bewundere die Stärke und Selbstlosigkeit, mit der sie sich für andere einsetzt.“

Mi Sue Pwint ist eine von wenigen Frauen, die eine tragende Rolle im Friedensprozess spielen. Auch wenn die wohl bekannteste Persönlichkeit Myanmars, Staatschefin Aung San Suu Kyi, eine Frau ist, sind diese doch ansonsten nahezu unsichtbar in der burmesischen Politik. Myanmar ist eine

durch und durch patriarchale Gesellschaft, die durch ein starres Hierarchiegefüge geprägt ist. Frauen schaffen es hier selten auf die oberen Ränge. Für die Panglong-Friedensverhandlungen wurde eine Frauenquote von 30 Prozent als Ziel ausgerufen. Auf der letzten Konferenz im Juli 2018 waren es lediglich 17 Prozent – auch wenn dies bereits eine Steigerung zu den zwei vorausgegangenen Konferenzen darstellt.

Nu Nu empört diese Unterrepräsentation: „Frauen sind von Konflikten oft noch viel stärker betroffen. Frauen sind Töchter, die sich um die Eltern kümmern müssen. Sie sind Mütter, die für ihre Kinder sorgen. Niemand will den Frieden mehr als Frauen.“ Deshalb sollten Frauen ihrer Meinung nach auf allen Ebenen in den Friedensprozess miteinbezogen werden. Frauen wie Mi Sue Pwint beweisen, dass das möglich ist und sind Vorbilder für andere, es ihnen gleichzutun. Die Yangon Film School und ihre Studenten tragen dazu bei, ihre Geschichten bekannt zu machen und können auf diese Weise ein gesellschaftliches Umdenken anstoßen. | |



**Anna-Sophie Schönfelder** studierte Sozialwissenschaften und lebt seit 2017 in Myanmar, wo sie für das Goethe-Institut arbeitet.

Friedensfachkraft werden!

# „Suche Frieden und jage ihm nach!“

Wir suchen ökumenisch und entwicklungspolitisch engagierte Friedensfachkräfte mit Berufserfahrung für die Partnerorganisationen von Brot für die Welt in Afrika, Asien und Pazifik, Lateinamerika sowie Kaukasus und Nahost.

Unsere aktuell ausgeschriebenen Stellen:

[info.brot-fuer-die-welt.de/fachkraefte/stellenangebote](http://info.brot-fuer-die-welt.de/fachkraefte/stellenangebote)

Initiativbewerbungen sind ausdrücklich erwünscht: [bewerbung@due.org](mailto:bewerbung@due.org)

Wir freuen uns auf Sie!



**zfd** Ziviler Friedensdienst  
Wir scheuen keine Konflikte.

Dienste in Übersee gGmbH  
Caroline-Michaelis-Str.1 | 10115 Berlin  
[www.due.org](http://www.due.org)



Dienste in Übersee  
Partner von **Brot für die Welt**

Anzeige

## WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter [www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org) oder  
Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 11-2019 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Jürgen Deile, Marie Becher (Brot für die Welt), Martin Kaelble (Journalist), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.: Jürgen Deile (Brot für die Welt)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“  
Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:  
vertrieb@diakonie.de,  
Artikelnummer: 139500700

# Der Zivile Friedensdienst von Brot für die Welt

## Ein Überblick



Brot für die Welt ist das rund um den Globus tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland. Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen befähigt es arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern.

Brot für die Welt ist eine der neun Trägerorganisationen im von Staat, Kirchen und Zivilgesellschaft getragenen Gemeinschaftswerk Ziviler Friedensdienst (ZFD). Mit seinen Partnerorganisationen eröffnet das Gemeinschaftswerk Ziviler Friedensdienst eine Vielzahl unterschiedlicher Zugänge zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung weltweit.

Bei Brot für die Welt gehört das Programm Ziviler Friedensdienst zum Engagement im Bereich des internationalen Personaldienstes. Grundlage der Vermittlung von Fachkräften im Zivilen Friedensdienst ist das Entwicklungshelfer-Gesetz.

Brot für die Welt ist Teil des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e. V. (EWDE). Das EWDE ist Alleingesellschafter der Dienste in Übersee gGmbH, die nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz staatlich anerkannter Träger des Entwicklungsdienstes ist. Die Dienste in Übersee gGmbH unterstützt im Auftrag des EWDE die Vermittlung von ZFD-Fachkräften von Brot für die Welt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

→ [www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)

**Brot**  
für die Welt